

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hantsa 2447—51

Nr. 47

Hamburg, den 21. November 1919.

4. Jahrg.

Inhalt:

Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat	Seite 857
Die Preissteigerung des Silbers	" 859
Die revolutionäre Gärung in den Vereinigten Staaten	" 861
Länder-Berichte:	
Deutsch-Österreich	" 863
Ost-Afrika	" 865

Weltwirtschaftliche Übersichten:

Geld und Kapital	Seite 868
Schiffahrt und Schiffbau	" 868
Rohstoffe und Warenmärkte	" 870
Getreide und Futtermittel	" 872

Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat

Die langen Kriegsjahre und die ihnen folgende Revolution haben zu einer Umstellung aller wirtschaftlichen Verhältnisse geführt, die es für jeden Einsichtigen klar erkennbar werden läßt, daß eine Fortführung der deutschen Wirtschaft mit den in Vorkriegszeiten üblichen Mitteln nicht in Frage kommen kann. Aus dieser Erkenntnis heraus ist eine fast verwirrende Fülle der mannigfachsten wirtschafts-politischen Projekte entstanden, und wenn es möglich wäre, mit Denkschriften, Systemen und graphischen Darstellungen allein das Wirtschaftsleben zu sanieren, dann müßte das deutsche Volk aller Sorgen enthoben sein. Leider trägt das meiste von dem, was in den letzten Monaten an organisatorischen Neuerungen vorgeschlagen wurde, den Stempel absoluter Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse und mußte demgemäß fast immer zu einer hartnäckigen Ablehnung seitens der bisherigen Träger der Wirtschaft führen. Die jetzt der Öffentlichkeit übergebene Vorlage der Schaffung eines vorbereitenden Reichswirtschaftsrats muß demgegenüber prinzipiell die Zustimmung auch derjenigen Kreise finden, die im übrigen in der fast erschreckenden Organisation und Überorganisation, mit der wir in ständig steigendem Maße von Berlin beglückt wurden, eine schwere Gefahr für Deutschlands Wiederaufbau erblicken.

Niemals hat die Gesetzgebung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen derart ruckweise und innerlich unzusammenhängend, derart wirklichkeitsfremd und unüberlegt gearbeitet, wie in den Monaten seit der Revolution. Die Finanz- und Steuergesetzgebung, die Erhebung der Zölle in Gold u. a. m. sind erschreckende Beispiele, deren verheerende Folgen täglich vor Augen stehen. Der deutsche Wirtschaftskörper liegt in Fieberzuckungen. Forscher künftiger Zeiten werden in den Reichsgesetzblättern und mehr noch in den Verfügungen und Verordnungen der Ministerien dieser Monate die Fieberkurven verzeichnet finden. Die wirtschaftlichen Kurpfuscher haben zur Genüge Gelegenheit gehabt, ihr Unvermögen darzu-

tun — nur der sachverständige Arzt kann helfen.

Sachverständige genug sind vorhanden — ihre Kenntnisse möglichst weitgehend nutzbar zu machen, ist die dringende Forderung des Tages. Wie war es denn bisher? Verordnungen, die den ganzen Kurs der Wirtschaftsführung verändern mußten, wurden im Wege einer „vereinfachten Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Übergangswirtschaft“ erlassen. Denjenigen Kreisen, die die Auswirkungen dieser am grünen Tisch ersonnenen Paragraphenmachwerke in erster Linie zu spüren bekamen, blieb im günstigsten Fall so viel Zeit und Gelegenheit, daß sie Resolutionen fassen, Eingaben ausarbeiten, Telegramme absenden konnten, die dann in Berlin fein säuberlich registriert und „zur Akte weggeheftet“ wurden. Immer dringender wurde die Forderung aus allen Kreisen des Handels und der Industrie, es möchten Garantien geschaffen werden, daß der wirtschaftliche Sachverstand bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung wirtschaftlicher Gesetzesvorschriften ausüben könnte. Und in der Regierung muß der Wunsch nach sachverständiger Beratung mindestens in gleicher Weise vorhanden sein. Um nicht angesichts der jetzigen Besetzung unserer Fachministerien auf politisches Gebiet hinüberzugleiten und in den Ton einer Satire zu verfallen, wird es gut sein, auf vergangene Zeiten zurückzugreifen. Bismarck, der von sich sagen konnte: „Mein Sinn ist auf das rein Praktische gerichtet“, hat sich mit der ganzen Glut seiner Persönlichkeit für die Errichtung eines Volkswirtschaftsrats eingesetzt. Es ist ein besonderer Genuß, der Skala seiner Beredsamkeit zu folgen, wie er bald lockend und werbend, bald drohend und polternd die Reichstagsabgeordneten für diesen Gedanken zu gewinnen sucht und zwar mit besonderer Betonung der Notwendigkeit vom Standpunkt der Regierung:

„Wir glauben im Staatsministerium nicht, daß uns über alle Fragen, die vorkommen können, die Sicherheit des Urteils angeboren ist; wir haben das Bedürfnis uns zu

informieren... Sie sind ja natürlich vom Hause aus, die Sie von der Nation gewählt werden, viel erleuchteter als die Minister, die nur von den Monarchen gewählt werden; aber auch Sie können unmöglich in der Kürze der Zeit, in dem Drange der Geschäfte, in dem Überwuchern der anderen sachlichen Geschäfte, mitunter auch in den Friktionen und Kämpfen mehr politischer Art, wie sie vorkommen, es kann unmöglich jeder einzelne von den vier Hunderten in jede Sache so eindringen, daß ein klarer Fingerzeig von wirklich sachverständiger Seite nicht auch ihm erwünscht sein sollte.

Ja, meine Herren, es handelt sich doch nicht um Ihre Bedürfnisse hier, da Sie alles selbst wissen. Es handelt sich um die Regierung, die weiß nicht alles."

Sollte das, was der Altreichskanzler nicht nur in dieser Reichstagsrede vom 1. Dezember 1881, sondern zu immer wiederholten Malen, als dringend notwendig bezeichnet hat, nicht auch heute noch heilsam sein, wo in die alten vornehmen Bürgerhäuser der Wilhelmstraße Bewohner mit ganz anders gearteter Vorbildung eingezogen sind?

So ist denn auch in allen Wirtschaftskreisen Übereinstimmung darin zu finden, daß die Schaffung eines Sachverständigenorgans, wie Frankreich es sich in seinem conseil de commerce, de l'industrie et de l'agriculture bereits zu Zeiten Heinrichs IV. schuf und wie es jetzt die Reichsverfassung im Artikel 165 vorsieht, durchaus zu begrüßen ist.

Auch darin ist der Regierung beizupflichten, daß angesichts der ungeheuer schwierigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands rasch gehandelt werden muß. Die monatelangen Kämpfe um das Betriebsratsgesetz, die noch immer nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt haben, lassen erkennen, welche Schwierigkeiten bei der Einführung des Rátesystems zu überwinden sind. Den organisatorischen Aufbau von unten herauf abzuwarten, würde deshalb eine Hinausschiebung auf jetzt noch unabsehbare Zeit bedeuten. Deshalb ist es verständlich, daß die Reichsregierung den Wunsch hat, sich einen vorbereitenden Reichswirtschaftsrat zu schaffen, um in diesem eine sachverständige Beratungsstelle zu haben, die ihr u. a. gerade bei dem Aufbau des Rátesystems von unschätzbarem Nutzen sein kann.

Hier beginnen aber auch die Schwierigkeiten der Durchführung. Ein Obergeschoß zu schaffen, dem ein Unterbau fehlt, das ist eine Aufgabe, der nicht nur unsere Technik nicht gewachsen ist. Man kann die Verlegenheit des Referenten und der Spezialreferentin im Reichswirtschaftsministerium durchaus begreifen angesichts der Mannigfaltigkeit des organisatorisch in ganz verschiedenartigen Aggregatzuständen befindlichen Wirtschaftslebens.

Unseres Erachtens wäre eine gewisse Vereinheitlichung des Untergrundes sehr wohl denkbar, wenn man zunächst den Ausbau der Arbeitsgemeinschaften beendet. (Einschaltend sei hier bemerkt, daß diese Darlegungen sich nur mit der Vertretung der produzierenden Wirtschaftskreise im vorbereitenden Reichswirtschaftsrat befassen und demgemäß ebenso wenig auf die Vertretung der Verbraucherschaft wie auf die Berücksichtigung der lokalen Interessen eingehen.) Der jetzt in der Presse vielfach behandelte Entwurf leidet darunter, daß zwar in der Industrie die Zentralarbeitsgemeinschaft durchorganisiert ist, daß aber in Handel und Landwirtschaft zurückgegriffen werden muß auf die Vielfältigkeit der verschiedenartigsten Verbände, bei denen

eine Ausbalanzierung der Interessen schlechterdings zu den Unmöglichkeiten gehört. Daß die vielfachen Beschwerden, die in der Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft vom 5. November ds. Js. eindrucksvoll in die Erscheinung treten, insofern alle Parteien, von den Deutschnationalen bis zur U. S. P. mit gleichem Nachdruck betonten, daß lebenswichtigste Interessen namentlich der deutschen Seestädte in geradezu unverantwortlicher Weise vernachlässigt seien. Es verdient besonders festgestellt zu werden, daß in diesem Entwurf dem gesamten deutschen Außenhandel das gleiche Stimmrecht zuerkannt ist, wie z. B. den Hausangestellten, indem beide nur eine Stimme erhalten. Nun ist in der Presse bereits die Nachricht erschienen, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft des Handels ins Leben gerufen sei. Zwar kann die Form, in der dies geschehen ist, in keiner Weise als befriedigend anerkannt werden, insofern der jetzige Aufbau rein binnenländisch orientiert ist, dem Außenhandel keine angemessene Berücksichtigung bietet, wichtige Hilfsberufe des Handels, wie Banken und Versicherung gänzlich ohne Vertretung läßt usw. — aber bei einigem guten Willen wird es sehr wohl möglich sein, diese während der Dauer der Verkehrssperre in Berlin geschaffene Organisation umzuwandeln und sie — wie dringend erforderlich — mehr mit hanseatischem, weltwirtschaftlichen Geiste zu erfüllen. Und was in Industrie und Handel möglich ist, muß sich auch in der Landwirtschaft verwirklichen lassen, vorhandene Widerstände müssen überwunden werden.

Aber noch eine weitere Vorbedingung ist zu erfüllen, wenn der Aufbau des vorbereitenden Reichswirtschaftsrats allen berechtigten Anforderungen entsprechen soll: es muß dazu übergegangen werden, dem Transport- und Verkehrsgewerbe eine eigene Zentralarbeitsgemeinschaft zu schaffen. Der Verkehr im weitesten Sinne des Begriffs muß ebenso sein eigenes gleichberechtigtes Zentralorgan erhalten wie Handel, Industrie und Landwirtschaft. Die jetzige Einfügung des Transport- und Verkehrsgewerbes in den Rahmen der Zentralarbeitsgemeinschaft industrieller Arbeitnehmer und Arbeitgeber tut den tatsächlichen Verhältnissen einen unerträglichen Zwang an. Wenn man erwägt, daß zum Verkehr folgende wichtige Untergruppen gehören:

- | | |
|-----------------------|----------------------------|
| 1. Seeschifffahrt, | 5. Lastfuhrgewerbe, |
| 2. Binnenschifffahrt, | 6. Straßen- und Kleinbahn, |
| 3. Spedition, | 7. Personenfuhrwerk, |
| 4. Möbeltransport, | 8. Privatverkehr, |

dann erkennt man mit erschreckender Deutlichkeit den schweren Konstruktionsfehler, der in folgendem beschlossen liegt: die Zentralarbeitsgemeinschaft der Industrie mit ihren 14 Untergruppen hat im vorbereitenden Reichswirtschaftsrat im ganzen 17 Stimmen zugeteilt erhalten. Im unwahrscheinlich günstigsten Falle würde also das gesamte Transport- und Verkehrsgewerbe als Unterarbeitsgemeinschaft der Industrie zwei Stimmen erhalten — ein Blick auf die oben gegebene Unterteilung zeigt die Unmöglichkeit der Durchführung. Muß doch diese Stimmenzahl eigentlich jeder der Unterabteilungen zuerkannt werden, wenn man die völlig anders gearteten Aufgaben und Bedürfnisse der Nord- und Ostseeschifffahrt, der Binnenschifffahrtsgroßunternehmungen und der Kleinschiffer, der Seehafen- und der Binnenspediteure usw. erwägt.

Hier muß Wandel geschaffen werden. Selbst wenn man die Notwendigkeit eines raschen Aufbaues des vorbereitenden Reichswirtschaftsrates anerkennt, muß man doch mit Nachdruck die Forderung er-

heben, daß auch für diesen Notbau zunächst ein gewisses Fundament gelegt wird, indem zunächst der Ausbau der vier Zentralarbeitsgemeinschaften vollendet wird: Handel, Industrie, Landwirtschaft und Verkehr.

Und noch ein Wort über die praktische Handhabung der Geschäfte im Reichswirtschaftsrat: der von Bismarck geschaffene Volkswirtschaftsrat hat besonders Bedacht darauf genommen, daß die Sessionen möglich kurz seien (21 Tage für das Plenum) — nur auf diese Weise

wird es möglich sein, auch den im praktischen Berufsleben Stehenden den Eintritt zu ermöglichen; es muß die schwerwiegende Gefahr vermieden werden, daß die vielen jetzt erstehenden Körperschaften zu viel Kraft der produktiven Arbeit entziehen, es muß der Überzeugung Rechnung getragen werden, daß die besten Männer und Frauen der Praxis gerade gut genug sind für die hohen Aufgaben des Reichswirtschaftsrates.

Dr. jur. Friedrich Hasselmann,
Syndikus der Hamburger Handelskammer

Die Preissteigerung des Silbers

Die Silberpreise haben allmählich im Laufe des Krieges, namentlich aber seit Abschluß des Waffenstillstandes, eine Höhe erreicht, die für das Geldwesen aller Staaten, auch der Staaten mit früherer Goldwährung, beträchtliche Schwierigkeiten mit sich bringt und sie zu Gegenmaßnahmen nötigt.

Die Ursachen der Preissteigerung liegen zunächst auf der Seite des Angebots. Die Silbererzeugung der Welt weist in den Jahren seit Kriegsausbruch einen starken Rückgang auf. Gegenüber dem Jahre 1913 beläuft sich das Minus des Jahres 1914 auf 12,74, des Jahres 1915 auf 27,92, von 1916 auf 8,34, von 1917 auf 59,91 und von 1918 auf 44 Mill. Unzen.

Die Entwicklung der Silbererzeugung während der Kriegsjahre wird noch deutlicher, wenn wir auch noch die Unterschiede zwischen der Förderung dieser einzelnen Jahre selbst verfolgen. Das Jahr 1914 brachte im Vergleich zu 1913 einen Förderausfall von 12,74 Mill. Unzen. Das Minus von 1915 gegen 1914 belief sich auf 15,18 Mill. Unzen. 1916 ergab ein Plus von 19,58 im Vergleich zum Vorjahre. Dagegen entstand im darauf folgenden Jahre ein Ausfall von nicht weniger als 51,57 Mill. Unzen. 1918 wies wiederum ein geringes Plus von 15,91 Mill. Unzen auf.

Seit 1901 nahm die Silberproduktion der Welt folgenden Verlauf (in Mill. Unzen):

1901.....	173,01	1907.....	185,01	1913.....	223,90
1902.....	162,76	1908.....	203,18	1914.....	211,16
1903.....	167,69	1909.....	211,21	1915.....	195,98
1904.....	164,19	1910.....	222,88	1916.....	215,56
1905.....	169,59	1911.....	225,37	1917.....	163,99
1906.....	165,64	1912.....	224,31	1918.....	179,90

Nach Produktionsländern getrennt ergibt sich für die Silberproduktion der Jahre 1917 und 1918 das nachstehende Bild (in Mill. Unzen):

	1917	1918		1917	1918
Verein. Staaten	71,74	67,90	Spanien	4,50	5,00
Kanada	22,16	20,80	Japan	6,85	8,00
Mexiko	31,22	51,00	Australien	4,07	4,00
Peru	11,00	12,00	Sonstige Länder	10,04	8,20
Bolivien	2,44	3,00			
			Insgesamt	164,00	179,90

Diese einem Wochenbericht der Firma Samuel Montagu & Co. entnommenen Zahlen beruhen für 1917 auf Schätzungen des Direktors der amerikanischen Münze, für 1918 auf solchen des Federal Reserve Board. Davon weichen Berichte der „Metal World“ etwas ab. Die Produktion Mexikos beläuft sich danach 1918 auf nur 30 Mill. Unzen, während oben 50 Mill. angegeben sind. Wir erfahren auch noch, daß die Erzeugung von Britisch-Indien wesentlich gestiegen ist, daß namentlich die Baldwin-Gruben in Birma nahezu 2 Mill. Unzen im Jahre 1918 lieferten, nachdem sie bereits 1917 (mit 1,58 Mill.

Unzen) die Produktion des Vorjahres (mit 0,75 Mill. Unzen) um das Doppelte überholt hatten.

In den Vereinigten Staaten ist das Silber ein Nebenprodukt bei der Gewinnung von Kupfer und Blei. Bei der Wichtigkeit, die den Vereinigten Staaten für die Zukunft als Erzeugungsland für Silber zukommt, seien die Produktionsziffern nach den einzelnen Staaten dieses Landes getrennt für die Jahre 1917 und 1918 wiedergegeben. Nicht aufgeführt sind die Staaten Alabama, Georgia, Illinois, Maryland, Missouri, New-Hampshire, Nord-Karolina, Vermont, Virginia, Wyoming, ferner die Philippinen und Puerto Rico, die kein Silber oder nur verhältnismäßig geringfügige Mengen produzierten. Die Silbererzeugung der Vereinigten Staaten verteilte sich folgendermaßen (in Mill. Unzen):

	1917	1918		1917	1918
Alaska	1,2	0,8	Neu-Mexiko	1,5	0,8
Arizona	7,0	6,8	Oregon	0,2	0,2
Kalifornien	2,1	1,6	Süd Dakota	0,2	0,2
Kolorado	7,3	7,0	Tennessee	0,1	0,1
Idaho	11,4	10,2	Texas	0,6	0,6
Michigan	0,7	0,5	Utah	13,4	13,4
Montana	14,6	15,3	Washington	0,2	0,3
Nevada	11,2	10,1	Insgesamt	71,7	67,9

Neuerdings wird berichtet, daß im Staate Arizona seit Abschluß des Waffenstillstandes die Silbergewinnung erheblich zugenommen und die bisher sehr bedeutende Kupfergewinnung mehr oder weniger verdrängt hat.

Eine wesentliche Erhöhung der Silberproduktion darf von Mexiko erwartet werden, wenn die anarchischen Zustände, die seine Förderung 1911 von 75 auf 27 Mill. Unzen zurückwarfen, endgültig überwunden sind. Mexiko ist neben den Vereinigten Staaten das Hauptproduktionsland.

Dem Rückgang der Silbererzeugung in den Kriegsjahren steht eine gesteigerte Nachfrage gegenüber.

In Europa stieg der Bedarf an Silber für die Ausprägung im Zusammenhang mit dem in allen Staaten auftretenden Mangel an Kleingeld. So ist der Umlauf an Silbergeld in England nach der „Times“ vom 17. 10. 19 von 15 auf 50 Mill. £ in den letzten fünf Jahren angewachsen.

Die Verwendung indischer Truppen in Mesopotamien zwang England dazu, auch dort mit Silbergeld zu zahlen. Ferner mußten Silberrupien nach Ägypten und Ostafrika geschafft werden.

Den entscheidenden Einfluß auf den Silbermarkt aber übten nach wie vor die Staaten in Asien, in denen noch Silberwährung herrscht. Diese Staaten waren während des Krieges in der Lage, in verstärktem Maße ihre Produkte nach den kriegführenden Ländern Europas auszuführen. Diese, in

erster Linie England, waren gezwungen, die passive Handelsbilanz durch Silberversendungen nach den asiatischen Gläubigerstaaten auszugleichen. Dabei spielte gleichzeitig die Rücksicht auf die Stabilität der Wechselkurse eine große Rolle.

Die größten Silbermassen hat Britisch-Indien an sich gezogen. Hier wurden in vier Jahren für 1200 Mill. Rupien geprägt, mehr als in den vorangegangenen 13 Jahren. Der Silberumlauf in Indien wurde für den 15. 9. 19 auf 506 Mill. Rupien ausgewiesen. Für die fünf Vorkriegsjahre wurde der Ausfuhrüberschuß des Landes auf 261 Mill. £ berechnet. In den fünf Kriegsjahren (bis März 1919) belief sich dieser Überschuß auf 254 Mill. £. Ihm entsprechen 100 Mill. £ Anleihen und 36 Mill. £ Schatzscheine, die Indien dafür eintauschte; danach blieben noch 118 Mill. £ für Metallkäufe übrig. Während in den fünf Vorkriegsjahren 26 v. H. der Weltsilberförderung nach Indien flossen, waren es 1915/16 17 v. H., 1916/17 53 v. H., 1917/18 42 v. H. und 1918/19 nicht weniger als 122 v. H. Während ferner das Weltangebot an Silber im Verlauf des Krieges sich um 19 v. H. verringerte, hat sich Indiens Nettoeinfuhr um 282 v. H. erhöht. Es hat den Vereinigten Staaten von Amerika ca. 400 Mill. Unzen abgenommen; daneben stehen etwa 200 Mill. Unzen als Gut haben Indiens an Amerika noch aus.

Die Vereinigten Staaten sind mit ihrem Silber für England in die Bresche gesprungen, dem es nicht möglich war, zur Bezahlung seiner Einfuhr aus Indien statt Silber Gold zu verwenden, nachdem es sich zur Politik der Konzentration des Goldes in London entschlossen hatte. In der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1917 importierten die Vereinigten Staaten für 26,08 Mill. \$ Silber, exportierten dagegen für 32,36 Mill. \$. Der Ausfuhrüberschuß schwillt im Zusammenhang mit den Abgaben nach Indien im Jahre 1918 mächtig an. In diesem Jahre führten die Vereinigten Staaten für 71,37 Mill. \$ Silber ein, aber für nicht weniger als 252,85 Mill. \$ Silber aus. Vom 1. Januar bis 31. Mai 1919 lauten die Zahlen für die Silbereinfuhr 35,51, für die Silberausfuhr 129,49 Mill. \$. In der ganzen oben betrachteten Zeitspanne vom 1. September 1917 bis zum 31. Mai 1919 belief sich der Silberimport auf 132,97 Mill. \$, der Silberexport auf 414,70 Mill. \$, mithin der Ausfuhrüberschuß auf 281,73 Mill. \$ (nach der Julinummer 1919 des „Federal Reserve Bulletin“, herausgegeben vom Federal Reserve Board). Über San Franzisko sind im Jahre 1918 203,15 Mill. Unzen Silber im Werte von 200,92 Mill. \$ ausgeführt worden. Davon gingen 161,29 Mill. Unzen nach Britisch-Indien und nach China 28,75 Mill. Unzen (nach der deutschen Handelsstelle im Haag Nr. 757 vom 10. 3. 19).

Auch aus China hat Indien Silber bezogen. Im Jahre 1916 gab China 43 Mill. Unzen an Indien ab, 1917 weitere 39 Mill. Unzen. Während des Jahres 1918 dagegen verkaufte China, von kleineren Abgaben im Mai abgesehen, kein Silber an Indien, bemühte sich vielmehr selbst, die Lücken wieder auszufüllen. Es war von Anfang des Jahres an Käufer in San Franzisko, und sein Bedarf ist auch 1919 gestiegen. Die Silbervorräte in Schanghai stellten sich Ende September 1919 auf 17,7 Mill. Taels in Feinsilber, 13 Mill. in mexikanischen Dollars und 630 Silberbarren. Die gesteigerte Silberausfuhr aus den europäischen Ländern und Amerika nach China hängt nicht unwesentlich mit der durch den Eintritt Chinas in den Krieg geschaffenen Lage zusammen, ebenso das Anziehen des chinesischen Wechselkurses. Nicht nur, daß die Zahlung des Schuldendienstes der Boxer-Indemnität suspendiert wurde, es waren auch umfangreiche Zahlungen an China zu leisten für die Benutzung von Schiffen der Mittelmächte, die in China interniert waren. Auch die Verwendung von 150 000 Kulis

hinter der Westfront, deren Lohn zu einem Teil in China zu zahlen war, trieb die Summe der Überweisungen nach dem Osten in die Höhe. (The London and China Telegraph Nr. 2889 vom 6. 1. 19).

Das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage hinsichtlich des Silbers kam in folgender Preisbewegung zum Ausdruck (in d für die Unze):

1865 .. 61,062	1900 .. 28,250	1907 .. 29,625	1914 .. 25,312
1870 .. 60,562	1901 .. 27,187	1908 .. 24,375	1915 .. 23,688
1875 .. 56,875	1902 .. 24,676	1909 .. 23,—	1916 .. 31,312
1880 .. 52,125	1903 .. 24,750	1910 .. 24,750	1917 .. 40,875
1885 .. 48,625	1904 .. 26,375	1911 .. 24,593	1918 .. 47,562
1890 .. 47,687	1905 .. 27,803	1912 .. 26,—	
1895 .. 29,875	1906 .. 30,875	1913 .. 27,562	

Aus diesen Durchschnittspreisen für die einzelnen Jahre seit 1865 geht hervor, daß man bis 1890 zurückgreifen muß, um annähernd den Stand von 1918 wiederzufinden. Im Jahre 1919 stiegen die Silberpreise dann noch weiter über den Durchschnittspreis von 1865 hinaus. Das Silber notierte am 21. Februar 1919 mit dem bisher niedrigsten Preis des Jahres von 47³/₄ d für die Unze, am 26. März 1919 mit 49³/₈ d für die Unze, am 15. August bereits mit 59 d, am 21. August mit 60¹/₄ d, am 25. September mit 63³/₈ d, am 29. Oktober mit 66¹/₂ d und am 6. November mit 67 d.

Der höchste und der niedrigste Silberpreis, der in den Kriegsjahren jeweils erreicht wurde, ergibt sich aus nachstehender Zusammenstellung:

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
Höchster Preis ..	29 ³ / ₈	27 ³ / ₄	27 ¹ / ₄	37 ¹ / ₈	55	49 ¹ / ₂	67
Niedrigster Preis	25 ¹⁵ / ₁₆	22 ¹ / ₈	22 ⁵ / ₁₆	26 ¹¹ / ₁₆	35 ¹¹ / ₁₆	42 ¹ / ₂	47 ³ / ₄
						(6.11.)	(21.2.)
Unterschied zwischen höchst. und niedr. Preis	37 ¹ / ₁₆	5 ⁵ / ₈	4 ¹⁵ / ₁₆	10 ⁷ / ₁₆	19 ⁵ / ₁₆	7	—
Durchschnitt	27 ⁹ / ₁₆	25 ⁵ / ₁₆	23 ¹¹ / ₁₆	31 ¹⁵ / ₁₆	40 ⁷ / ₈	47 ⁹ / ₁₆	—

Eine stärker ansteigende Tendenz nahm der Silberpreis erst Ende 1915, indem zunächst das bald nach Kriegsausbruch eingetretene und bis dahin beibehaltene Minus gegenüber dem Preis der Friedenszeit wieder aufgeholt wurde. Der Durchschnittspreis für den Monat September 1914 stellte sich auf nur 24,26 d gegen 25,21 d im Juli 1914. November 1914 betrug der Durchschnittspreis sogar nur 22,70 d. Zwischen dieser Notierung und 23,70 d schwankte der monatliche Durchschnittspreis dann bis Oktober 1915, für welchen Monat er 23,92 d ausmachte. Für November 1915 stieg er dann auf 25,09 d, für Dezember 1915 auf 26,37 d und erreichte bereits für April 1916 30,66 d, für Mai 1916 sogar 35,47 d. Dann trat ein Schwanken mit sinkender Richtung ein; der Monatsdurchschnitt für Dezember 1916 stellte sich aber auf 36,41 d. Von nun an blieb es bei der Aufwärtsbewegung. Im Monatsdurchschnitt Juli 1917 war 40,11 d, im Durchschnitt August 43,41 d, im Durchschnitt September 50,92 d erreicht. Für Oktober sank der Preis wieder auf 44,32 d, in den folgenden Monaten noch um 1—2 Punkte darunter. Erst für April 1918 wurde wieder ein Durchschnittspreis von 47,21 d erklommen. Von da an ging es ständig aufwärts bis auf 49,5 d für September und Oktober 1918; der Rest des Jahres wies nur geringe Rückschläge auf.

Bei dieser ganzen Preisentwicklung ist zu berücksichtigen, daß die natürliche Preisgestaltung durch staatliche Maßnahmen mannigfaltiger Art behindert wurde; auf sie wird in einem späteren Aufsatze einzugehen sein. Ohne diese Einschränkungen wäre der Silberpreis nicht erst 1919, in welchem Jahre er von den einschneidendsten Eingriffen befreit wurde, sondern wohl schon früher bis auf den Stand des Jahres 1865 oder darüber gestiegen.

Abgesehen von den im vorigen entwickelten, das Silber im besonderen betreffenden Gründen hat natürlich auch die Weltteuerung, die jede Ware ergriffen hat, ganz allgemein dazu beigetragen, die Silberpreise hinaufzutreiben. Wenn der Anreiz zur Produktion, der in erhöhten Preisen gegeben ist, nicht in wachsender Silbererzeugung zur Geltung kam, so liegt die Erklärung dafür zum Teil darin, daß das Silber nur eine Ware unter zahlreichen anderen von dieser Preisentwicklung betroffenen bildet, zum andern darin, daß die Produktion aller Staaten während des Krieges nicht so sehr durch ökonomische,

als durch politische Erwägungen geleitet wurde. Das Silber hatte trotz allem hinter dem eigentlichen Kriegsbedarf zurückzustehen. Es war vielfach nur ein Nebenprodukt bei der Förderung kriegswichtiger Erze. Schließlich sind auch die Produktionskosten für die Silbererzeugung mit der allgemeinen Teuerung der Produktion erschwerend gestiegen, und solange der Staat dem Silberpreis keinen freien Lauf ließ, war nicht immer ein zufriedenstellender Ausgleich dafür zu finden.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Die revolutionäre Gärung in den Vereinigten Staaten

Die Arbeiterunruhen in den Vereinigten Staaten haben in den letzten Monaten stetig weitere Ausdehnung und ernsteren Charakter und eine bestimmtere Richtung angenommen. Die Presse berichtet nicht mehr über diesen oder jenen Streik, sondern spricht von dem „industrial chaos“ und versichert, daß Amerika seit dem Bürgerkriege nie eine so schwerwiegende Krisis gesehen hat wie zurzeit, und mit Recht sagt der Berichterstatter der Londoner „Times“: „Der Krieg hat Probleme in den Vordergrund gestellt, die drohen, viele der Vorteile zu vereiteln, die man sich von der Teilnahme an einem siegreichen Unternehmen für Amerika versprochen hatte“. Man darf getrost noch weiter gehen und sagen: Das amerikanische Wirtschaftsleben ist in seinen Grundfesten erschüttert und steht vor Umwälzungen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat.

Und der Lenker des Staates, Wilson, ist mit seinem schwankenden Charakter und wankelmütigen Verhalten sicher nicht der Mann, der, unbeirrt durch Beeinflussungen, mit festem Schritt auf ein bestimmtes Ziel zuschreiten wird. Bald gaukelt er den Arbeitern die bezauberndsten Zukunftsbilder vor wie in seiner Maibotschaft, in der er ihnen das Recht verkündete, in den Verwaltungsräten vertreten zu sein und an den Dividenden teilzunehmen, bald unterliegt er den Einflüsterungen der Unternehmer und droht den Arbeitern mit rigorosesten Maßnahmen, wie jetzt bei dem Bergarbeiterstreik.

Das unmittelbare Resultat hiervon ist zunächst nur gewesen, daß er die Entschlossenheit der Arbeiter, den Kampf mit dem Unternehmer durchzuführen, gestärkt und eine Unmenge der Friedlichgesonnenen ins Lager der Radikalen getrieben hat. Auf der Gegenseite fehlt es an Entschlossenheit ebenfalls nicht und es ist im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß Vermittlungsversuche die Durchführung der Machtprobe zwischen Kapital und Arbeit noch verhindern können.

Über den Ausstand in den Stahlwerken und den Häfen laufen nach wie vor die widersprechendsten Nachrichten ein; bald heißt es, daß die Arbeit auf der ganzen Linie wieder aufgenommen ist, bald wieder, daß die Steel Corporation den Kampf unerbittlich durchführen will und daß im New Yorker Hafen tausende Tonnen von Lebensmitteln umkommen, weil die Hafenarbeiter nicht nachgeben. Ähnlich verhält es sich mit dem am 1. ds. Mts. ausgebrochenen Streik der Bergwerksarbeiter; die Angaben über die Zahl der daran Beteiligten schwanken zwischen 250 000 und 735 000 und Meldungen, daß die Lage sehr hoffnungsvoll und daß sie äußerst bedenklich ist, marschieren nebeneinander her. Klarheit herrscht jetzt aber darüber, daß es sich bei der ganzen Bewegung nicht so sehr um die Frage der Löhne und Arbeitszeit handelt, als vielmehr um einen Kampf um die po-

litische Machtstellung. Der Krieg hat es nicht nur mit sich gebracht, daß der Arbeiter sich an eine üppigere Lebensweise gewöhnt hat, sondern er hat auch sein Verlangen erregt — oder bestärkt — der gebietende Faktor in der Regelung der Lebensfragen, ja, womöglich in der Staatsleitung zu werden, daher die Bestrebungen jüngster Zeit, eine politische Arbeiterpartei ins Leben zu rufen.

Daß während des Krieges noch alles in bester Harmonie verlief, lag in der Natur der Sache. Das gemeinsame Interesse an einem Siege nach außen stellte innere Differenzen in den Hintergrund, und andererseits erzielten die Unternehmer und Fabrikanten, die mit Aufträgen aller Art überhäuft waren, derartige Gewinne, daß sie Lohnerhöhungen, seien sie auch noch so unangemessen, ohne weiteres genehmigten, um nur die Produktion nicht ins Stocken zu bringen. Die Arbeiter erreichten auf diese Weise Aufbesserungen, die nicht immer durch die gesteigerten Unterhaltskosten gerechtfertigt waren. Dies trifft namentlich bei den Stahlwerken zu. Als Beispiel hierfür erwähnt das „Iron Age“ die Youngstown Iron and Steel Works, deren Lohnbudget sich im ersten Halbjahr 1919 auf 42,4 Mill. \$ gegenüber 37,6 Mill. \$ im ersten Halbjahr 1918 belief, wobei zu bedenken ist, daß 1918 die Werke durch die Kriegslieferungen voll in Anspruch genommen waren, wohin gegen 1919 in der Stahlindustrie ein bedeutender Tiefstand vorlag und daß die Löhne von 1916 bis 1918 auch schon um rund 75 % gestiegen waren. Von diesen Errungenschaften will der Arbeiter jetzt natürlich nicht loslassen. Von der Regierung verlangt er schnellsten Abbau der hohen Lebenskosten, die Löhne sollen aber womöglich noch steigen und die Arbeitszeit eingeschränkt werden. Die Forderung der Bergarbeiter lautet auf 60 % Lohnerhöhung und sechsstündigen Arbeitstag bei fünf Arbeitstagen in der Woche. Für die Allgemeinheit ist der Verlauf des Kohlenarbeiterstreiks natürlich von nächstliegender Bedeutung; abgesehen von der Not, die — namentlich in dieser Jahreszeit — eine unmittelbare Folge ist, würde, wie amerikanische Blätter ausführen, die Bewilligung der Lohnerhöhung einen Preisaufschlag von 2 \$ für die Tonne Kohlen oder eine jährliche Steuer von 10 \$ für den Kopf der Bevölkerung bedeuten.

Die Grundforderung bei allen Streiks der letzten Zeit ist aber die des kollektiven Verhandlungsrechtes, das von den Arbeitgebern hartnäckig verweigert wird. Die vom Präsidenten Wilson auf den 6. Oktober in Washington einberufene Arbeiterkonferenz, an der außer den Arbeitern und Arbeitgebern auch Vertreter der Öffentlichkeit beteiligt waren, ist ebenfalls an diesem Punkte gescheitert, und die Konferenz, die einen Vergleich zwischen Unternehmer- und Arbeitertum bezweckte, hat nur den Riß zwischen beiden Parteien noch vertieft. — Angesichts der Tatsache, daß das kollektive Verhandlungsrecht für die Arbeiter

in den europäischen Industriestaaten längst allgemein eingeführt ist, ist es beachtenswert, daß sich der amerikanische Unternehmer so beharrlich dagegen sträubt. Beide Parteien scheinen in der Gewährung dieses Rechtes das Zugeständnis eines Hauptmachtmittels zu erblicken, und möglicherweise ist der amerikanische Arbeitgeber der Ansicht, daß in den revolutionären Ländern Europas dieses Recht dem Arbeiter zum Siege verholfen hat. Auch auf die Stellungnahme des Arbeiters sind ohne Frage die politischen Vorgänge in Europa von Einfluß gewesen. Vordem haben sich die Arbeiterverbände in den Vereinigten Staaten ausschließlich mit gewerkschaftlichen Bestrebungen befaßt; jede dann und wann auftauchende Neigung, auf politisches Gebiet überzuschwenken, wurde stets von ihrem Führer, Samuel Gompers, entschieden unterdrückt. Die jüngste Entwicklung der Dinge, das immer stärker werdende Drängen des Arbeiterbundes nach politischen Eroberungen und die Starrköpfigkeit der Arbeitgeber haben Gompers jedoch dazu bestimmt, seine Haltung zu ändern. Die Gewerkschaften sind bereits so weit gegangen, ein umfangreiches Sozialisierungsprogramm zu formulieren, und die Bewegung in dieser Richtung scheint schon so weit vorgeschritten zu sein, daß Gompers sie wohl kaum noch zum Halten bringen kann. Der Idee einer politischen Arbeiterpartei steht er gegenwärtig allerdings noch ablehnend gegenüber und es wird angenommen, daß er zwecks Erreichung seiner Ziele Druck auf Mitglieder des Kongresses und der Legislatur der Einzelstaaten auszuüben versuchen wird, wie es die „Anti Saloon League“ bei Einführung des allgemeinen Alkoholverbotes unlängst so erfolgreich getan hat. — Wie amerikanische Meldungen verlauten lassen, hoffen die Arbeiterverbände sich den Anschluß der Farmer zu sichern, auch für die beabsichtigte Arbeiterpartei. Auf den ersten Blick mag es merkwürdig erscheinen, daß der Farmer, der in seiner unabhängigen Stellung doch eigentlich nur als Arbeitgeber in Betracht kommen kann, die Interessen der Arbeiter teilen und sich auf deren Seite schlagen sollte; aber das Unternehmertum in Gestalt der Eisenbahngesellschaften bereitet ihm viel Kummer; er glaubt, von der Eisenbahn ausgenutzt und übervorteilt zu werden, und es hat sich aus den Unzufriedenen, daher die „Non-Partisan League“, ein Bund der Parteilosen (weder Republikaner, noch Demokraten) mit stark sozialistischem Einschlag gebildet. Ob dieser Plan der Arbeiter, die Farmer für sich zu gewinnen, Aussicht auf Verwirklichung hat, ist noch fraglich. Einige Meldungen sagen, daß der Zusammenschluß bereits stattgefunden hat, während andere wieder berichten, der Farmer sei durch die Streiks, namentlich durch den Bergarbeiterstreik, gegen die Arbeiter verstimmt, weil er daraus eine weitere Verteuerung des Lebensunterhalts befürchtet; außerdem sollen ihm die Punkte der verkürzten Arbeitszeit und der Lohnerhöhung in den Arbeiterprogrammen nicht zusagen, weil er einerseits mit achtstündiger Arbeit in der Landwirtschaft nicht auskommt und er andererseits annimmt, daß weitere Lohnerhöhungen in der Industrie noch mehr Landarbeiter weglocken werden.

Die amerikanischen Regierungskreise machen für das Aufblühen der revolutionären Bestrebungen in erster Linie das ausländische Element verantwortlich und bis zu einem gewissen Grade vielleicht nicht mit Unrecht. Gerade in den Stahlwerken und im Bergbau ist dies Element sehr stark vertreten und hat sich im allgemeinen nicht „amerikanisiert“. Nach Mitteilungen von drüben sind von den eingewanderten Russen, Kroaten, Griechen, Bulgaren usw. nur 8 % nach drei- bis neunjährigem Aufenthalte in den Vereinigten Staaten Bürger geworden, und unter ihnen sind

acht Millionen, die nicht englisch sprechen können. Die über die ganze Welt gehenden bolschewistischen Agitatoren finden hier natürlich einen fruchtbaren Boden. Daß dieser aber vorhanden ist, liegt zum großen Teil an dem Verhalten der Unternehmer; es soll Industriebezirke geben, in denen die Arbeitgeber, die dies auswärtige Element herangezogen haben, es in strenger Abgeschlossenheit der Außenwelt gegenüberhalten, um es um so erfolgreicher ausbeuten zu können, bis es durch die jüngsten Ereignisse in Europa und durch fleißige Agitation aufgeweckt ist. Daß aber dieser Bestandteil der Bevölkerung einzig und allein die sozialistisch-revolutionäre Masse bilden und der Amerikaner der Bewegung fast gar nicht zugänglich sein sollte, dürfte entschieden auf falscher Darstellung beruhen. Aber Regierung und Unternehmertum haben an einer solchen Auslegung ein großes Interesse, wenn sie die Sympathien der Öffentlichkeit gewinnen wollen, von denen für den Verlauf des Riesenkampfes außerordentlich viel abhängt. So richtet sich denn auch die erste Abwehr der Regierung gegen die „Fremden“. Nach einem Londoner Telegramm v. 14. 11. sollen im ganzen etwa 4000 fremde Agitatoren festgenommen sein, und es soll aus den beschlagnahmten Belegen und den Nachforschungen der Polizei unwiderlegbar hervorgehen, daß die extremistischen Anarchisten eine weitverzweigte Bewegung zum Sturze der Bundesregierung und zur Einführung der bolschewistischen Diktatur eingeleitet haben. Der Streik der Metallarbeiter und Bergleute bilde nur eine Einleitung der Bewegung. Solche Nachrichten, mögen sie auch etwas sensationell gefärbt sein, weisen immerhin genügend auf den Ernst der Lage hin. Aber auch die allgemeinen Maßnahmen, welche die Regierung gelegentlich der letzten großen Streiks getroffen hat, zeigen, daß sich der Streit mehr auf politischem als auf wirtschaftlichem Boden abspielt; man denke nur an das Gesetz nach dem für das Zurschautragen der roten Fahne eine Strafe von 5000 \$ oder fünf Jahren Gefängnis mit anschließender Deportierung angedroht wird. Andere Maßnahmen, wie das Verbot, Unterstützungen aus der Streikkasse zu gewähren, die Zuflucht zu der gesetzlichen Bestimmung, die den Streik in Kohlenbergwerken, als den Lebensunterhalt gefährdend, verbietet, die Verhaftung zahlreicher Streikführer und das Aufgebot von Militär haben den Streik nicht zu beenden vermocht, sondern nur die Erbitterung in weitere Kreise getragen.

Schon die nächste Zeit wird voraussichtlich Klarheit darüber verschaffen, ob die Angestellten der Eisenbahnen und anderer Unternehmungen sich den jetzt im Ausstand befindlichen Arbeitern anzuschließen gedenken; von der Haltung der Regierung hängt es jedenfalls ebenso viel wie von der des Unternehmers ab, ob es zu verhindern ist, daß der einmal ausgebrochene Aufruhr unter lawinenartigem Anschwellen übers Land brausen wird.

Ein anderes Problem, dessen Lösung von Amerika aus in Angriff genommen zu werden scheint, sei noch erwähnt: die Negerfrage. Über wiederholte blutige Negeraufstände, namentlich in den Staaten Arkansas und Omaha, liefen kürzlich Nachrichten ein. Nach einer New Yorker Meldung hat nun dort am 30. 10. in den Madison-Square Gardens eine von 6000 Negern besuchte Versammlung stattgefunden, unter Vorsitz von Marcus Garvey, dem Präsidenten der „Universal Negroes Improvement Society“, die 24 Mill. Mitglieder in allen Teilen der Welt zählen soll. Die Feier, die der Abfahrt des ersten Dampfers der „Black Star Line“, einer soeben gegründeten Neger-Dampferlinie, galt, artete bald in begeisterte Demonstrationen gegen die Weißen aus. Marcus Garvey erklärte, daß die Neger sich zum Kampf

gegen die Weißen rüsten, von denen sie bisher zu Kriegszwecken ausgenutzt, dann aber mit Hohn beiseite geschoben seien. Er schloß mit den Worten: „Wenn wir wieder kämpfen, wird es geschehen, um den Neger frei zu machen, und es wird der blutigste Krieg sein, den die Welt je gesehen hat. Es wird ein furchtlicher Tag sein, wenn die Schwarzen das Schwert ziehen, um für

ihre Freiheit zu kämpfen. Ich appelliere an Euch 400 Millionen Schwarze, die Ihr Euer Blut für den weißen Mann vergossen habt, Afrika zu einer Republik für den Neger zu machen!“ — Gegen die Weißen der amerikanischen Südstaaten wurden die heftigsten Drohungen ausgestoßen. — Die Schwarzen rüsten sich also, um ihren Waffenbrüdern ihren Dank für die Befreiung vom Hunnenjoch zu zollen!

Rud. Haefcke

Deutsch-Österreich

Vor einer Ernährungskatastrophe — Hemmungen der Exportindustrie — Wechsel im Finanzministerium — Kronenentwertung und Notenbankpläne — Budgetdefizit und Steuersorgen

Wien, 7. November 1919.

Die düsteren Voraussagen über die Lebensunfähigkeit eines selbständigen deutsch-österreichischen Staates haben sich rascher verwirklicht, als selbst Pessimisten es angenommen haben. Wenige Wochen nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages, noch vor der Ratifikation, hat sich der Rat der Alliierten genötigt gesehen, eine Subkommission der noch gar nicht offiziell ernannten Wiedergutmachungskommission nach Wien zu entsenden, um die dringendsten Hilfsmaßnahmen zu organisieren. Die Kommission hat hier Staatssekretäre, Beamte der verschiedensten Ressorts, Bankdirektoren, Industrielle, Gewerkschaftsvertreter, Vertreter der einzelnen Länder, der Stadt Wien usw. einvernommen, um sich über den wahren Stand der Dinge zu informieren. Ein sichtbares Ergebnis dieser Tätigkeit der Kommission liegt noch nicht vor. Die Wiener Sektion hat nur begrenzte Vollmachten. Sie muß ihre Berichte nach Paris schicken, wo die Entscheidung gefällt wird. Aber es steht wohl schon jetzt fest, daß es diesmal bestenfalls zu einer vorübergehenden Aushilfe kommen wird, wie sie die Alliierten im Frühjahr gewährt haben, als Deutsch-Österreich einen Kredit von 48 Mill. \$ erhielt. Damit wäre die Katastrophe vielleicht hinausgeschoben — vorausgesetzt, daß die Hilfe sehr rasch gewährt wird — aber nicht abgewendet.

Die Situation Deutsch-Österreichs ist sehr einfach: Der Ententekredit von 48 Mill. \$ ist ungefähr seit Ende August erschöpft. Seither lebt das Land von Käufen, die es mit dem letzten Rest seiner Zahlungsmittel noch im Sommer über Holland in Argentinien und Nordamerika vorgenommen hat. Außerdem ist vor einigen Wochen mit Jugoslawien ein in seinen einzelnen Bestimmungen für Deutsch-Österreich sehr ungünstiger Kompensationsvertrag abgeschlossen worden, der Deutsch-Österreich den Einkauf von 80 000 t Getreide und Mehl gestattet. Schließlich ist in den letzten Tagen ein neuerlicher Einkauf von 20 000 t in Holland abgeschlossen worden, der in Mark bezahlt wird, und 10 000 t sind von der holländischen und italienischen Regierung Deutsch-Österreich überlassen worden, deren Bezahlung überhaupt noch nicht geregelt ist. Damit wäre das Land bis ungefähr Mitte Dezember gedeckt, vorausgesetzt, daß die Lieferungen rechtzeitig eintreffen. Dem stellen sich jedoch die größten Transportschwierigkeiten (tiefer Wasserstand auf Rhein und Donau, Waggonmangel, Kohlenmangel) entgegen, so daß in einzelnen Alpenländern bereits seit einiger Zeit die Mehlkarte nicht mehr honoriert werden kann und in Wien die Mehlquote auf die Hälfte gekürzt ist. Die inländische Ernte kommt wenig in Betracht. Die Regierung hat das im Krieg schon schwer aufrecht erhaltene System der vollständigen Beschlagnahme der Ernte wegen des Versagens des Verwaltungsapparates heuer aufgegeben und hat sich darauf

beschränkt, ein Lieferungskontingent festzusetzen, das ungefähr der tatsächlichen Ablieferung während des Krieges gleichkommt. Es beträgt 180 000 t oder rund 30 % der geschätzten Ernte. Von diesem Kontingent sind jedoch bisher knapp 25 % abgeliefert.

Das hängt zum Teil mit Druschschwierigkeiten infolge des Mangels an Kohle und Benzin, in erster Linie aber mit dem Widerstand der autonomen Landesregierungen gegen die Anordnungen der Wiener Zentralverwaltung und dem Gegensatz zu Wien, der tiefliegende soziale und wirtschaftliche Wurzeln hat, zusammen. Das geht so weit, daß einzelne Landesregierungen sich bereits weigern, statistische Ausweise dem Wiener Ernährungsamt einzusenden. Jedenfalls liefert die inländische Aufbringung fast ausschließlich in Niederösterreich, also in der näheren und weiteren Umgebung von Wien, wohin sich noch die Machtsphäre der Regierung erstreckt, täglich kaum 300 bis 400 t bei einem Tagesbedarf von 1600 t. Die Hoffnung auf eine auch nur halbwegs nennenswerte Kartoffelversorgung ist bereits aufgegeben, da dazu, selbst wenn alle anderen Schwierigkeiten überwunden wären, die Transportmittel fehlen. Die Fettquote ist durch ältere Käufe bis gegen Ende Dezember gedeckt, weitere Vorsorge zu treffen, ist die Regierung nicht imstande. Zu Einkäufen im Auslande fehlen die erforderlichen Valuten, so daß bekanntlich als letztes Auskunftsmittel von zweifelhaftem Wert der Verkauf von Kunstgegenständen aus dem früheren Kronbesitz beschlossen worden ist, der vielleicht (bestenfalls) 20 bis 30 Mill. holländische Gulden einbringen wird.

Exportgüter in nennenswertem Umfang stehen nicht zur Verfügung. Das Wenige, was noch vorhanden ist, wird bereits durch ältere Kompensationsverträge in Anspruch genommen, und die Erzeugung neuer Waren ist durch den vollständigen Kohlen- und den empfindlichen Materialmangel fast völlig unterbunden. Dabei sind die Beträge, die allein für die Ernährung erforderlich sind, bei dem gegenwärtigen Valutastand ungeheuerliche. Der Staatssekretär für Volksernährung hat sie vor kurzem auf 20 Milliarden K geschätzt, was allein die rationierten und die notwendigsten zusätzlichen Nahrungsmittel erfordern würden. Rechnet man dazu die Kosten der Kohlen-, Rohstoff- und derjenigen Fabrikatenimporte, die eingeführt werden müssen, weil in Deutsch-Österreich die Erzeugungsstätten dafür fehlen, so kommt man zu einem gesamten jährlichen Kreditbedarf von rund 30 Milliarden K oder 300 Mill. \$. Diese Beträge würden sich erheblich verringern lassen, wenn die deutsch-österreichische Industrie in die Lage käme, ihren Betrieb aufzunehmen, da gerade die Erzeugnisse, in denen sie besonders leistungsfähig ist, zumal von den Nationalstaaten, aber auch vom alten Auslande (insbesondere von Italien) unter Ausnutzung des niedrigen Valutastandes lebhaft begehrt sind. (So vor allem Lokomotiven, Waggonen, Automobile, landwirtschaftliche Maschinen, Rollen-

papier u. dgl.) Aber von einer Belieferung der Industrie mit Kohle kann auf absehbare Zeit keine Rede sein. In Wien stehen nicht nur Gas- und Elektrizitätswerke trotz äußerster Verbrauchseinschränkung vor der Gefahr der Betriebseinstellung, sondern auch der Betrieb der Brotfabriken und anderer unentbehrlicher Lebensmittelfabriken ist aufs äußerste bedroht. Dabei ist der Eisenbahnverkehr schon längst auf ein kaum erträgliches Maß eingeschränkt (ein vorübergehend eingelegter Schnellzug Wien—Innsbruck, der zweimal wöchentlich verkehren sollte, ist nach wenigen Wochen wieder eingestellt worden), so daß die Verbindung zwischen den Landeshauptstädten in dem kleinen Staat zwischen 24 und 36 Stunden erfordert. Alle Verträge, die mit der Tschecho Slowakei unter Assistenz der Wiener Ententemissionen abgeschlossen wurden, sind bisher unerfüllt geblieben, und sie werden es wohl solange bleiben, als die Nationalstaaten nicht freiwillig gewisse Einschränkungen auf sich nehmen, um Deutsch-Österreich zu helfen, was wohl eine vergebliche Hoffnung ist.

Inmitten der schwersten Wirtschaftskrise, deren Ende und Folgen noch gar nicht abzusehen sind, hat sich ein Wechsel der Leitung der deutsch-österreichischen Finanzen vollzogen. An die Stelle Professor Schumpeters ist der frühere Sektionschef im Finanzministerium, zuletzt Direktor der Bodenkredit-Anstalt, Dr. Reisch, getreten. Dr. Schumpeter hatte einen Finanzplan entworfen, von dem er selbst glaubte, daß er damit in drei bis vier Jahren Ordnung in die deutsch-österreichischen Finanzen bringen könnte. Was von diesem Finanzplan bekannt geworden ist — die Öffentlichkeit erfuhr davon unter sehr merkwürdigen Umständen — beweist allerdings, daß dieser Optimismus in keiner Weise gerechtfertigt war. Die eigenartigen Begleitumstände der Ausschiffung Dr. Schumpeters brauchen an dieser Stelle nicht dargelegt zu werden. Sein Nachfolger ist jedenfalls die berufenste Persönlichkeit, die gegenwärtig in Deutsch-Österreich für diesen Posten zur Verfügung steht. Womit noch nicht gesagt ist, daß er imstande sein müßte, eine unmögliche Aufgabe zu lösen. Tatsächlich hat es Dr. Reisch in seiner großen Antrittsrede vor der Nationalversammlung unterlassen, gleich seinem Vorgänger, einen Sanierungsplan zu entwerfen. Er hat sich damit begnügt, die Aufgaben zu umschreiben, die zur Lösung stehen, und einige Wege angedeutet, die möglicherweise dahin führen könnten.

Die dringendste Aufgabe ist die Stabilisierung der Währung. Die deutsch-österreichische Krone hat im neutralen Ausland tatsächlich jede Geltung eingebüßt. Denn ein Kurs von 5 in Zürich und 2½ in Amsterdam (in den nordischen Staaten ist die Notiz schon längst gestrichen) ist nur nominell. Größere Beträge deutsch-österreichischer Kronen sind auch zu diesen Kursen nicht verkäuflich. An eine Hebung des Kurses ist aber so lange nicht zu denken, als dem riesigen Einfuhrbedarf der Stillstand der industriellen Produktion und die Verweigerung jeder ausgiebigen Kredithilfe durch die Entente gegenüberstehen. Dazu machen sich die Wirkungen des Friedensvertrages geltend, nach dem Deutsch-Österreich bekanntlich allein mit Ungarn für den gesamten ausländischen Noten- und Kriegsanleihebesitz aufzukommen hat.

Und unter diesen Verhältnissen soll Deutsch-Österreich an die Gründung einer eigenen Notenbank und einer selbständigen Währung schreiten. Die Österreichisch-ungarische Bank tritt mit Jahresschluß (unabhängig vom Friedensvertrag, weil das Privilegium abläuft) in Liquidation. Deutsch-Österreich muß sich bemühen, zur Gründung einer Notenbank ausländisches Kapital in genügendem Umfang zu gewinnen. Dr. Reisch hegt große Zuversicht, daß es ihm ge-

lingen werde, nicht nur ausländisches Kapital zur Gründung einer Notenbank zu finden, sondern daß die ausländische Gruppe, an die die Notenbankkonzession vergeben würde, ihm außerdem einen sehr bedeutenden Valutakredit beschafft. Worauf sich diese Zuversicht stützt, ist nicht bekannt. Denn vorläufig zeigt das ausländische, namentlich das amerikanische Kapital, die größte Zurückhaltung. Es ist bereits als großer Erfolg begrüßt worden, daß Dr. Bilinski vor kurzem für Polen einen amerikanischen Kredit von 250 Mill. \$ erlangt hat. Dabei hat aber Polen eine viermal so große Bevölkerung als Deutsch-Österreich, unvergleichlich reichere und stärkere natürliche Hilfsquellen, und außerdem ist der Dienst dieser Anleihe praktisch durch die regelmäßigen Geldsendungen der polnischen Auswanderer nach ihrer Heimat gesichert. Deutsch-Österreich kann also im besten Fall nur mit einem Bruchteil dieses Betrages rechnen, der gerade noch seinen Bedarf für wenige Monate decken würde.

Das andere große Problem, das die deutsch-österreichische Finanzpolitik zu meistern hat, ist das riesige Budgetdefizit. Es hat bereits in dem zuletzt an dieser Stelle besprochenen, noch vor Überreichung des Friedensvertrages aufgestellten Staatsvoranschlag über 4 Milliarden betragen. Seit her ist es auf etwa 8 Milliarden gestiegen, ohne daß man sicher wäre, ob es nicht bis zum Schluß des Etatsjahres noch höher steigen wird. Die Erhöhung rührt im wesentlichen aus den höheren Schuldenlasten her, die der Friedensvertrag Deutsch-Österreich aufbürdet, sodann aus Milliarden-Zuschüssen, die die Regierung infolge des Kurssturzes der Valuta zur Verbilligung der ausländischen Nahrungsmittel gewähren muß. Obwohl jetzt diese Zuschüsse auf Mehl und Brot beschränkt sind — im Gegensatz zu Deutschland, wo die Preisverbilligung sich auf alle wichtigen Nahrungsmittel erstreckt —, erfordern sie fast 4 Milliarden jährlich. Alle anderen Preise sind entsprechend den höheren Selbstkosten hinaufgesetzt worden. Das hat wieder zur Folge eine allgemeine Hinaufsetzung der Löhne und daher auch der Beamtengehälter im öffentlichen Verwaltungsdienst wie in den staatlichen Betrieben. Zur Verminderung des Defizits auf den Staatsbahnen ist vor kurzem eine 150 prozentige Tarifierhöhung erfolgt, eine entsprechende Erhöhung der Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren steht bevor. Der Ausgabensteigerung der öffentlichen Körperschaften kann natürlich erst ein Ende gesetzt werden, wenn die Valuta stabilisiert ist, wozu aber, wie gezeigt, alle Voraussetzungen fehlen. Vorläufig stehen den 10½ Milliarden Ausgaben im ganzen 2½ Milliarden Einnahmen gegenüber.

Was Dr. Reisch an neuen Steuern ankündigt, dürfte, so einschneidend sie sein mögen, auch nicht annähernd hinreichen, um den Fehlbetrag zu decken. Im Mittelpunkt der Finanzmaßnahmen soll eine Vermögensabgabe nach deutschem Muster stehen. Ihr Ertragnis wird auf 8—10 Milliarden geschätzt. Sie soll subjektiv bemessen werden, doch verlangen die Sozialdemokraten, daß im Zuge der Vermögensabgabe die Regierung gewisse Objekte (vor allem Gold, Juwelen, ausländische Wertpapiere) einfordert, daß ferner alle mittleren und größeren Industriebetriebe in Aktien-Gesellschaften umgewandelt werden und die Aktien-Gesellschaften ihre Vermögensabgabe in der Form von Gratisaktien abstatten. Die auf solche Weise eingelieferten Sachwerte sollen zur Grundlage ausländischer Kredite dienen. Wie weit sich Dr. Reisch diese Forderung zu eigen machen wird, steht noch nicht fest. Ankündigt ist vorläufig nur, daß Kriegsanleihen bis höchstens zwei Drittel der Steuerschuld, und auch das nur zu einem Kurs von 75 %, in Zahlung genommen werden sollen (wogegen sich in der Öffentlichkeit starke Widerstände geltend machen), und daß

der Staatssekretär es ablehnt, die Vermögensabgabe lediglich zur Schuldabbürdung zu verwenden, da er, so lange das Defizit besteht, doch gezwungen sei neue Schulden, und zwar zu wesentlich ungünstigeren Bedingungen aufzunehmen. Der mögliche Erfolg einer Maßnahme, wie sie die Sozialdemokraten vorschlagen, wäre übrigens nach den angeführten Ziffern jedenfalls so bescheiden, daß sie bei allem Radikalismus keine fühlbare Milderung der herrschenden Schwierigkeiten zu schaffen vermöchte. Die Vermögensabgabe soll von einer fortlaufenden Vermögenssteuer und Vermögenszuwachssteuer flankiert sein. Gleichfalls nach deutschem Muster soll eine Umsatzsteuer eingeführt werden, deren Ertrag auf 500 Mill. veranschlagt wird. Die Verschärfung der Erb- und Schenkungs-

gebühren und sonstigen Stempel und Gebühren soll 40 % abwerfen, daneben wird eine scharfe Erhöhung aller indirekten Abgaben laufen, obwohl diese bereits im Kriege wiederholt erhöht worden sind. Von den Milliardenbeträgen, die die deutsch-österreichische Finanzwirtschaft braucht, bleibt sie jedenfalls mit all diesen Maßnahmen weit entfernt.

Dazu wird die staatliche Finanzpolitik neue rücksichtslose Wege, insbesondere auf dem Gebiet der Monopole beschreiten müssen, die nicht nur die großstädtische Bevölkerung, sondern die noch immer relativ schwach belastete Landbevölkerung treffen. Ob aber dazu das Gefüge des deutsch-österreichischen Staates fest genug ist, wird täglich zweifelhafter. Indessen drängen die Dinge zu einer raschen Entscheidung.

Dr. Gustav Stolper

Ost-Afrika

Madagaskar

Der nicht überaus schnelle, aber gute Fortschritt, den Madagaskar in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege gemacht hat, wird deutlich sichtbar in dem gestiegenen Gesamthandelswert (1896: 17,6, 1912: 50 Mill. fr). Die Handels-Wertzahlen der letzten Jahre erwecken den Anschein eines außerordentlichen Aufschwungs im Kriege. Sie lauten in Mill. fr:

	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Einfuhr.....	50,0	46,7	47,4	43,8	102,0	136,8	102,3
Ausfuhr.....	59,8	56,1	46,7	66,1	85,0	86,2	91,8
Gesamthandel	109,8	102,8	94,1	109,9	187,0	223,0	194,1
Ausfuhrüberschuß	9,8	9,4	—	22,3	—	—	—
Einfuhrüberschuß	—	—	0,7	—	17,0	50,6	10,5

Die hohen Ziffern der letzten Jahre bedeuten indes keinen Aufschwung. Man wird vielmehr die Wertsteigerung — und wahrscheinlich noch ein Erhebliches mehr — ohne Bedenken auf die Steigerung aller Warenwerte im Kriegsverlauf zurückführen und, den Warenmengen nach, eher eine Ab- als Zunahme des Außenhandels annehmen können. Günstig ist nur der 1918 eingetretene Umschwung in der Handelsbilanz, die unter Verminderung des Einfuhrwertes und Vermehrung des Ausfuhrwertes anscheinend wieder aktiv werden will.

Den Anteil der wichtigsten Länder am Außenhandel zeigen für 1917 die folgenden Zahlen (in Mill. fr):

	Einfuhr	Ausfuhr		Einfuhr	Ausfuhr
Frankreich....	98,0	65,0	Engl. Kolonien.	15,8	3,2
Franz. Kolonien	7,5	4,5	Verein. Staaten	2,6	} 1,0
England.....	5,9	12,5	Andere Länder	7,0	

Deutschlands Anteil am Handel und namentlich an der Ausfuhr Madagaskars war vor dem Kriege nicht unbeträchtlich (1913: Einfuhr aus Deutschland 1,07, aus den deutschen Kolonien 0,13, Ausfuhr nach Deutschland 10,06 Mill. fr).

Der nach Frankreich zurückgekehrte Generalgouverneur Schramek hat offen zugestanden, daß die allgemeine Wirtschaftslage trotz der hohen Handelswert-Ausweise unerfreulich ist. Hygiene und ärztliche Fürsorge ist unzureichend, so daß die Grippe 30 000 Todesfälle bei einer Bevölkerung von ca. 3,5 Mill. gefordert hat. Kinder gehen in großer Zahl an Malaria und mangelhafter Nahrung zugrunde. Da es nicht nur an Arbeitern, sondern auch an Wegen und Eisenbahnen mangelt, schreitet die Entwicklung des Landes nicht schnell genug vorwärts. Die Minen können wegen Mangel an Technikern nicht sachgemäß ausgebeutet werden. Der Generalgouverneur beabsichtigt nicht, auf seinen Posten zurückzukehren, weil — bezeichnenderweise — er nicht die

Kraft in sich fühlt, den Mißständen in Madagaskar abzuhelpen. Dieses Eingeständnis kolonialer Impotenz hindert aber Frankreich nicht, nach einer Vergrößerung seines schon überreichen Kolonialbesitzes zu streben. Alle Zeitungen und Zeitschriften, insbesondere die kolonialen, hallen wieder von Stimmen, die die Umwandlung der Mandate in Kamerun und Togo in endgültige Besitztitel fordern und mit gallischem Spott und Hohn diese Totgeburten der völkerrkundlichen Weisheit überschütten.

Immerhin sind in den letzten Jahren doch einige Fortschritte im Bahnbau erzielt. Folgende Strecken sind entstanden:

1. Antananarivo nach Tamatave, 229 engl. Meilen = 367,545 km, eröffnet März 1913.

2. Von der Bahn Antananarivo nach Antsirabe, 107 Meilen südlich von Antananarivo, wurden 17,655 km im Januar 1916 dem Verkehr übergeben.

3. Von der Zweiglinie der Tamatave-Eisenbahnstrecke von Moramanga in die Antsihanaka-Provinz wurden bis nach Anosiroa im Oktober 1917 97,905 km für den Verkehr freigegeben.

Man plant neuerdings den Bau einer Strecke quer durch die ganze Insel von Ost nach West, durch welche die beiden Häfen Tamatave an der Ostküste und Majunga an der Westküste miteinander verbunden werden sollen. Diese Bahn würde die reiche Gegend um den See von Alaotra erschließen, und das Tal des Betsibaka mit der Hafenstadt Majunga verbinden. Außer dieser Strecke werden gegenwärtig noch einige Zweiglinien vermessen, um ein Eisenbahnnetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Insel entspricht.

Ob die Behauptung der „Revue marocaine“ v. 4. 10., daß nicht weit von Tananarivo eine Goldader von sehr hohem Feingehalt (950/1000) gefunden sei, zutrifft, muß man abwarten.

Sansibar

Nach dem neuesten „Colonial Report 1918“ betrug die

	Einfuhr	Ausfuhr
1917.....	1 760 094 £	1 848 792 £
1918.....	2 366 390 „	2 133 597 „

Der Handel war während des ganzen Jahres 1918 sehr lebhaft und erreichte in der Ein- und Ausfuhr — wenigstens dem Werte nach — eine Rekordhöhe. Es stellte sich auch sehr bald eine Übereinfuhr, besonders in Stoffen, während der letzten sechs Monate heraus. Da die Händler nicht in der Lage waren, die Waren schnell genug abzusetzen, gerieten die kleinen Geschäftsleute in Zahlungsschwierigkeiten.

Seifenfabrikation. Es bestehen in Sansibar zwei Seifenfabriken, die monatlich 60 000 Pfund Seife herstellen,

nicht nur zum örtlichen Verbrauch, sondern auch zum Export nach Madagaskar und dem Festland.

Öl. Es gibt außer den vorgenannten zwei Fabriken, welche Kokosnußöl zur Fabrikation ihrer Seife herstellen, noch vier kleinere Ölpresen für Kokosnuß- und Sesamöl. Früher wurde dieses Öl mittels von Kamelen getriebener, einfacher Eingeborenenpressen gewonnen; von diesen existieren jetzt nur mehr zwei.

Gewürznelken. Auf den beiden Inseln Sansibar und Pemba sind zusammen ca. 52 000 acres mit Gewürznelken bebaut, mit ca. 4 700 000 tragenden Bäumen. — Die großen Plantagen sind hauptsächlich in Händen von Arabern, nur wenige gehören den Indern. Viele Eingeborene besitzen kleine Plantagen. Die Araber sind finanziell stark belastet, ihr Eigentum ist meist an die — als Kleinhändler, Kaufleute oder Geldverleiher tätigen — Inder verpfändet, die in der Regel in der Lage sind, die Araber herauszusetzen, aber sie lieber in einer mehr oder weniger abhängigen Stellung lassen. Der Araber ist durch die Abschaffung des Sklaventums im Jahre 1897 schwer getroffen, da er sich den veränderten Arbeitsverhältnissen nicht anzupassen vermag. — Jedes dritte bis fünfte Jahr bringt eine ausgezeichnete Ernte. Der Durchschnittsertrag der letzten Jahre belief sich auf ca. 14 Mill. lb, dagegen ergaben die Ausnahmejahre 11/12 ca. 28 Mill. und 1918/19 ca. 29 Mill. lb, woran die Insel Pemba mit 20 Mill. lb beteiligt ist.

Die abnorm große Nelkenenernte wurde gut hereingebracht, trotz der großen Desorganisation der Arbeit infolge der Influenza-Epidemie. Der Preis schwankte in den letzten Jahren von 8/8/0 Rs bis 45/9/0 Rs je Trasila (= 35 lb). Das Gouvernement erhebt auf alle exportierten Gewürznelken 25 % Zoll. Im Jahr vom 1. 7. 17 bis 30. 6. 18 führte bis Ende März Sansibar 7 919 650 und Pemba 17 061 329 lb aus; für die restlichen drei Monate der Saison werden noch 5 bis 6 Mill. lb erwartet.

Kopra: Die Kokospalme steht an Wichtigkeit gleich hinter der Gewürznelke. Die Anbaufläche auf beiden Inseln beträgt ca. 48 000 acres; die Ausfuhr von Kopra sank von 6583 t (2 992 219 Rs) in 1917 auf 3182 t (1 240 065 Rs) in 1918. Der größte Teil der Erzeugung wird im Lande selbst verbraucht.

Roter Pfeffer: Die Ausfuhr sank von 500 000 lb in 1905 auf 117 040 lb (39 285 Rs) in 1918. Der Preis schwankte zwischen 5½ und 8¼ Rs per Trasila (35 lb). Der Grund des Rückganges ist darauf zurückzuführen, daß die Eingeborenen sich der Gewürznelkenkultur zugewandt haben.

Britisch-Ostafrika und Uganda

Seit September sind Verordnungen in Kraft, die den Angehörigen der ehemals feindlichen Staaten für drei Jahre nur mit besonderer, jederzeit widerruflicher Erlaubnis, die bei dem Chief Secretary der Kolonie einzuholen ist, den Aufenthalt gestattet. Zuwiderhandelnde trifft Geldstrafe bis zu 1500 Rp oder Gefängnis bis zu sechs Monaten sowie Ausweisung. Danach ist die für Britisch-Ostafrika in der „Official-Gazette“ vom 3. 9. 19 verkündigte Verordnung, die die Handels-erlaubnis regelt, für Deutsche kaum noch von Interesse. Sie schreibt Buchführung in Englisch, Französisch, Portugiesisch-Holländisch, Persisch, Arabisch, Hindustani, Gujerati, Urdu oder Kiswahili vor. Deutsch ist ausgeschlossen. Die Gebühr für die Handels-erlaubnis beträgt 150 Rp jährlich oder bei einem Umsatz von weniger als 1500 Rp 15 Rp in Städten oder 5 Rp in Dörfern. Handelsreisende zahlen 150, Höker 5 Rp.

Die „Off.-Gaz.“ vom 17. 9. 19 bringt die Ergänzung der Handelsverbote mit dem Feinde (Gesetze von 1915 und 1916),

welche den Begriff „feindliche Gesellschaften“ usw. näher definiert. Außerdem schließt sie den Betrieb von Bankgeschäften durch ehemals feindliche Untertanen auf fünf Jahre vom Kriegsende ab aus.

„Mißliebige“ Fremde können nach einer Verordnung, die in demselben Amtsblatt abgedruckt ist, jederzeit ausgewiesen werden.

Ein Abbau der Kriegsmaßnahmen ist auch darin zu sehen, daß das Handelsverbot vom 17. 1. 16 mit Portugiesisch-Ost-Afrika mit dem 3. 2. 19 aufgehoben worden ist. Am 10. 9. 19 ist der Postkurs der Rupie auf 1 s 10 d bemessen worden.

Das Gouvernement von Britisch-Ostafrika schreibt zur Verpachtung an den Meistbietenden auf 99 Jahre eine Landfläche von ca. 34 000 acres an der Ugandabahn (zwischen Stationen Ulu und Sultan Hamed) aus zwecks Entwicklung der Gefrier- und Büchsenfleisch-Industrie. Das Mindestgebot beträgt 17 000 £ (255 000 Rp). Der Pächter ist verpflichtet, innerhalb zweier Jahre eine leistungsfähige Fabrik einzurichten, die steigende Mindestmengen, vom 6. Jahre an nicht weniger als 5 Mill. lb Fleisch im Jahr (= 20 000 Stück geschlachtetes Vieh) zu liefern hat. Das Land darf nur für Gefrier- und Büchsenfleisch-Fabriken gebraucht werden. Die Pächter bezahlen für Eingeborenenhornvieh einen Mindestpreis, welcher von Zeit zu Zeit durch das Gouvernement bestimmt ist („Off. Gaz.“ v. 20. 8. 19).

„Glasgow Herald“ v. 19. 9. hält die Nutzholzausfuhr für einen der zukunftsreichsten Geschäftszweige. Im ganzen handelt es sich um 3200 square miles Nutzholzbestand, von denen 183 mit wertvollem tropischen Regenwald bestanden sind und in der Ebene — bei Tareta, Wita, am Juba und Tana — gelegen sind. Das allerbeste aber liegt im Hochgebirge: 625 square miles am Kenya, 750 am Settima (Aberdare-) Gebirge und 1200 in der Landschaft Mau auf dem Höhenrande SW Nakuru, schließlich 50 auf den Elgonbergen. Große Sägereien sind bereits in Tätigkeit.

In Nr. 25 v. 20. 6. 19 haben wir vom Flachs als Tropenkultur gesprochen. „African World“ (S. 262) teilt dazu mit, daß sich das Wasser des Nakuru-Sees als besonders wertvoll zur Bearbeitung von Flachs wie zum Reinigen von Sisal erwiesen hat. Bekanntlich beruht die blühende Flachskultur in Belgien auf den besonderen Eigenschaften des belgischen Wassers. Es ist deshalb sehr wohl möglich, daß, wenn das Wasser des Nakuru-Sees wirklich ähnliche Eigenschaften hat, dort eine eigene Industrie entsteht, während bisher beträchtliche Mengen Flachs zur Behandlung nach Belgien geschickt wurden. Das Nakuruwasser bildet beim Gebrauch einen Seifenschaum, nimmt von eisernen Werkzeugen den Rost und macht Bauholz gebrauchsfertig.

Über die Sodaindustrie am Magadi-See berichtet „African World“:

„In der Umgebung des Sees liegt der Vulkan Stamboline, der von Zeit zu Zeit Sodalava auswirft, weshalb er im Sonnenlicht schneeweiß erscheint. Der See selbst hat eine Menge von heißen Quellen an Stellen, wo man es am wenigsten vermutet, und noch merkwürdiger ist, daß hunderte von kleinen Fischen in den heißen Quellen spielen. Hier im Herzen des noch vor wenigen Jahren unbekannten Afrikas wird jetzt die Luft vom Geräusch großer Arbeitsmaschinen erfüllt. Es würde zu weit führen, die Bahnbauten, den Transport und die Aufstellung von Maschinen im Gewichte von tausenden von Tonnen sowie den Bau der Unterkunftshäuser für 2000 Arbeiter zu schildern. Im Jahre 1917 ist durch ungelernte Arbeiter nur sehr minderwertige Arbeit geleistet worden. Es sind ca. 30 000 t Soda nach England und

Indien exportiert worden. Der Gehalt des Magadi-Sees an Kristall wird auf 200 Mill. t geschätzt, der etwa zu gleichen Teilen aus Natrium-Karbonat und Natrium-Bikarbonat besteht, dazu kommt, daß der Vorrat (wahrscheinlich durch unterirdischen Zufluß, dessen Wasser an der Oberfläche des Sees verdunstet) sich stets wieder erneuern soll, so daß der Reichtum an Soda unerschöpflich erscheint. Der See selbst kann die ganze Welt auf 100 Jahre mit Soda beliefern. Neuerdings sind zwei Kalzinieröfen erbaut worden und bereits in Betrieb, deren Gesamtleistungsfähigkeit auf ca. 2000 t am Tag geschätzt werden kann. Im Jahre 1917 machte die Heranschaffung des nötigen Brennmaterials große Schwierigkeiten. Der Gesellschaftsbericht für 1918 zeigt ein Defizit von 48 954 £. Das Gesamtdefizit stellt sich nunmehr auf 100 899 £.“

„Das besondere am Magadi-Natursoda ist, daß es in seiner natürlichen Beschaffenheit ein reines Produkt ist, das für den Handel sofort gebraucht werden kann. Verschiedentlich wurde versucht, ein künstliches Produkt von ähnlicher Beschaffenheit auf den Markt zu bringen, aber jede Nachahmung erreicht nicht die Qualität des natürlichen Produktes. Magadi-Natursoda wird weder vom Klima noch von der Temperatur beeinflusst und ballt sich nicht, wenn es längere Zeit in Säcken auf Lager liegt, in Klumpen zusammen oder staubt nicht wie Sodaasche. Das Erzeugnis wird in Säcken versandt. Magadi-Soda ist vor allen Dingen bei der Glasherstellung ein ausgezeichnetes Material. Seifen- und Papierfabriken werden Magadi-Soda gern benutzen wegen seiner Reinheit und wegen der Schnelligkeit, mit der er sich auflöst. Mineralwasserfabriken erzeugen aus dieser Soda die billigste Kohlensäure. Ferner ist Magadi-Soda ein ausgezeichnete Ersatz für die teure Sodaasche in der Herstellung von Arsenik.“

Bekanntlich befindet sich ein mindestens viermal so großer Natronsee hart jenseits der etwa 20 km südlich davon verlaufenden deutsch-britischen Grenze. Er heißt ebenfalls Magadi-Natronsee. Die Natronschollen verleihen ihm das Aussehen eines Gewässers im Eisgange. Auch hier liegt ein zeitweise mit weißer Kuppe bedeckter noch tätiger Vulkan, der 3000 m hohe Gelei oder Götterberg der Massai dicht daneben. Wirtschaftlich gilt für den südlichen Magadi natürlich dasselbe wie für den nördlichen. Wenn dieser aber tatsächlich den ganzen Weltbedarf befriedigt, kommt seine Ausbeutung kaum in Frage.

Deutsch-Ostafrika

hat in Sir Horace Byatt einen obersten Verwalter erhalten. Er war 1899–1905 in dem an Ostafrika angrenzenden Britisch Nyassaland, später in Somaliland und während des Krieges in Gibraltara und Malta tätig. Seit 1916 hat er sich an der Zivilverwaltung des besetzten Teiles von Deutsch-Ostafrika beteiligt. Auch die ihm beigegebene Beamtenschaft ist aus dem britischen Nachbargebiet Deutsch-Ostafrikas zusammengestellt. Byatt klagt wie auch die Franzosen in Kamerun und Togo über den unmöglichen Zustand, der durch das Mandat herbeigeführt sei. Da es gänzlich offen sei, wer die Kosten bezahlt und eventuell die Früchte erntet, müsse man sich vor allen Ausgaben hüten. Die Sisal- und Kautschuckplantagen des Nordens sollen in gutem Zustande sein, weil die Verwaltung sich Mühe gab, sie an

Nachbarn (Griechen, Goanesen) zu verpachten. Die ungewisse Position des Mandatars hinderte auch, die Frage des noch im Lande befindlichen Drittels der deutschen Ansiedler endgültig zu regeln. Eine Besiedlung mit britischen Kolonisten wird nicht beabsichtigt. Dagegen spricht das Klima und die Arbeiterfrage. Jedenfalls sei Britisch-Ostafrika dafür geeigneter.

Über Ein- und Ausfuhr während der Kriegsjahre 1917/18 (bis 31. 3.) geben „Handelsnachrichten“ v. 17. 3. 19 einige Daten. Danach wurden von Mombassa und Sansibar nach Deutsch-Ostafrika (Dar-es-Salam, Tanga, Bagamoyo, Pangani, Sadani, Mwanza und Bukoba) eingeführt Waren im Werte von 15 572 895 Rp., außerdem via Voi (Militär-Eisenbahn) in Höhe von 1 070 000 Rp. Hauptsächlichste Einfuhr-Artikel waren Reis, Mehl, Butter, Getreide. Die Ausfuhr betrug 9 514 357 Rp., davon Afrika-Produkte 8 970 434 Rp., Wiederausfuhr 543 923 Rp.; über die Ausfuhr via Voi ist keine Statistik geführt worden.

Die Masse der Ausfuhr bestand aus Produkten, die von Händlern vor der Besetzung oder von dem Verwalter des feindlichen Eigentums aufgekauft worden waren. Es liegen schätzungsweise noch 1500 t Kattune, Gummi usw. im Rufidji Delta zur Verschiffung bereit. Die Ausfuhr von Kopra und Häuten war besonders gering wegen des Ankaufs zu militärischen Zwecken.

In dem von den Belgiern besetzten Gebiet gestaltete sich der Transithandel wie folgt:

	Einfuhr	Ausfuhr
Dar-es-Salam	36 625 Rp	—
Bukoba	106 190 „	164 240 (besonders Häute)

Abessinien

In dem bereits früher erwähnten englischen Abkommen mit Abessinien (Hafen von Zeila an Abessinien für Minenkonzessionen usw. an England) sieht „Corriere della Sera“ eine Bedrohung der italienischen Interessen: „Die Abtretung dieser Rechte an England würde den an Italien abgetretenen Hafen von Kismayu jeden Wertes berauben, denn die Wichtigkeit dieses letzteren Hafens bestand ausschließlich darin, daß er den Verkehr des Hinterlandes, besonders Abessiniens, nach Britisch-Somaliland lenkte. Ferner würde dieses Abkommen seine Wirkung auf das italienische Eritrea nicht verfehlen, das ohne diesen Vertrag der natürliche Weg für eine friedliche Durchdringung Abessiniens gewesen wäre.“

Man wird Bestätigung abwarten müssen. Die italienischen Sorgen erscheinen sekundärer Natur. Adis Abeba ist das Zentrum Abessiniens, das nur von Osten, nicht aber von Norden (Massaua) oder Süden (Kismayu) zu erschließen ist. Zeila liegt keine 100 km von dem französischen Djibuti entfernt, das 1905–15 durch eine Einmeterspurbahn mit der abessinischen Hauptstadt verbunden ist und es erscheint mehr als fraglich, ob der unwirtschaftliche und sinnlose Bau einer Parallelbahn gerechtfertigt wird durch den „Korridor zum Meere“, den Abessinien erlangen würde. Ernstlich bedroht würden jedenfalls nur die französischen Interessen. Djibuti hatte einen Durchfuhrhandel von und nach Abessinien von (1916) fast 40 Mill. fr. Zeila war vor der Gründung des Hafens Djibuti der Ausgang der Hauptkarawanenstraße vom Osten nach Abessinien. 1916 aber betrug die gesamte Ein- und Ausfuhr des britischen Somalilandes, von dessen drei Häfen Zeila der kleinste ist, 12 Mill. fr.

H. Z.

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Reichsmark um 1-2 Punkte gesunken, deutsch-österreichische Krone wenig verändert, französischer Frank zum Teil stark gefallen, leichtes Abflauen des Pfund Sterling, Dollar steigend bei leichten Schwankungen.

Kurs der Reichsmark								gegen Münz- pari am 15.11. bzw. 14. 11.
	10. 11.	11. 11.	12. 11.	13. 11.	14. 11.	15. 11.		
Zürich	15,60	15,60	15,25	15,—	14,10	13,75	— 88,86	
Amsterdam .	7,47½	7,42½	7,12½	6,95	6,75	6,50	— 89,03	
Stockholm .	12,25	12,25	12,—	11,75	11,75	11,—	— 87,63	
Kopenhagen .	13,50	13,50	13,—	12,65	12,50	11,85	— 86,66	
Kristiania ..	12,50	12,50	12,50	—	11,75	11,50	— 87,06	
Wien	305,—	305,—	—,—	315,—	320,—	—,—	+ 146,51	

Kurs der deutsch-österreich. Krone							gegen Münz- pari am 15. 11. bzw. 14. 11.
	10. 11.	11. 11.	12. 11.	13. 11.	14. 11.	15. 11.	
Zürich	5,25	5,15	5,15	4,75	4,60	4,60	— 95 62
Amsterdam	2,55	2,42	2,35	2,325	2,30	2,25	— 95,54

Kurs des französischen Franken							gegen Münz- pari am 15. 11. bzw. 14. 11.
10. 11.	11. 11.	12. 11.	13. 11.	14. 11.	15. 11.		
Zürich	61,—	60,—	58,50	58,75	58,—	56,—	— 44,—
Amsterdam .	29,10	28,87½	27,80	27,90	28,37	27,70	— 42,30
Stockholm .	48,—	48,—	46,—	46,—	46,—	45,75	— 36,46
Kopenhagen .	52,50	52,—	51,—	50,75	50,75	50,25	— 30,21
Kristiania . .	42,—	48,50	47,50	—	47,50	47,70	— 33,75

Kurs des Pfund Sterling								gegen Münz- pari am 15.11. bzw. 14. 11.
	10. 11.	11. 11.	12. 11.	13. 11.	14. 11.	15. 11.		
Zürich	23,—	23,—	22,75	22,83	22,76	22,75	— 9,79	
Amsterdam .	10,97	10,87	10,97½	11,01	10,99	10,98	— 9,33	
Stockholm .	17,90	17,90	17,65	17,80	17,80	17,88	— 1,76	
Kopenhagen .	19,57	19,50	19,54	19,59	19,65	19,67	+ 8,31	
Kristiania .	18,38	18,35	18,32	—	18,42	18,45	+ 1,59	

Kurs des Dollar							gegen Münz-
	10. 11.	11. 11.	12. 11.	13. 11.	14. 11.	15. 11.	pari am 15. 11. bzw. 14. 11.
Zürich	553,—	551,—	551,—	551,—	551,—	560,—	+ 10,81
Amsterdam .	263,25	264,75	265,35	267,—	265,75	265,75	+ 6,92
Stockholm .	432,—	430,—	428,—	433,—	431,—	433,—	+ 16,09
Kopenhagen .	470,—	472,—	474,—	476,50	475,50	477,50	+ 27,97
Kristiania .	443,—	443,—	443,—	—	446,—	—	+ 16,44

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	3. 11.	7. 11.
Alexandrien	97½/s pari	97½/s pari
Bombay/Kalkutta	2 s 0¼ d — 2 s 0¼ d	2 s 0¾ d — 2 s 0¾ d
Hongkong	4 s 5¼ d	4 s 5¾ d
Shanghai	6 s 6 d	6 s 7 d
Singapore	2 s 45/32 d — 2 s 43/32 d	2 s 45/32 d — 2 s 43/32 d
Yokohama	2 s 5 d — 2 s 5¼ d	2 s 47/32 d — 2 s 5¾ d
Montevideo T.T.	59 d — 59½ d	59½ d — 60½ d
Rio de Janeiro	— d	157½ d
Buenos Aires T.T.	55¾ d — 55¾ d	55¾ d — 56¼ d
Valparaiso 90 T.	11¼ d	11¼ d

Geldverfassung und Währungspolitik

Die Ausprägungen in Deutschland im Oktober waren auf Zinkzehenpfennigstücke (für 1 482 917,40 M gegen 1,3 Mill. M im September) und eiserne Fünfpfennigstücke (für 534 505,56 M gegen 1,1 Mill. M im Vormonat) beschränkt. Die Ausprägung von Fünfzigpfennigstücken, die bisher ununterbrochen stattgefunden hatte, in den letzten Monaten im Wert von durchschnittlich 250 000 M, ist im Monat Oktober ganz unterblieben. Die Prägung von Fünfzigpfennigstücken (aus einem neuartigen Material) wird aber alsbald wieder aufgenommen werden. („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 562 v. 15. 11. 19.)

Das Goldaufgeld für Zölle beträgt für die Woche vom 16. bis 22. November 690 % gegen 590 % in der Vorwoche. („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 562 v. 15. 11. 19.)

In der Absicht, das Rheinland vom Reiche loszureißen, erörtert der „Temps“ den Plan einer Abstempelung der „rheinischen Mark“. Er behauptet aus durchsichtigen Gründen, ihr Kurs würde alsbald höher steigen als der der Reichsmark. („Kölnische Ztg.“ Nr. 973.)

Wie in Ungarn und in Jugoslawien besteht auch in Deutsch-Oesterreich großer Mangel an 20-Heller-Stücken. Dieses Wechselgeld wurde Monate hindurch in das italienische Besetzungsgebiet exportiert, wo für je fünf Stück 1 Lire erhältlich war. Da der Kurs der Lire 5 Kr beträgt, ist der Wert dieser 20-Heller-Stücke auf 1 Kr gestiegen. Italien läßt daraus 20-Centesimi-Münzen herstellen. In Deutsch-Oesterreich bereitet die Finanzverwaltung die Prägung von Münzen vor aus einer Legierung, die 1/10 Kupfer und 9/10 Zink enthält. Sollte sich dieses Material bewähren, so will auch die ungarische Regierung daraus ihr Wechselgeld herstellen. Die neuen Dinarnoten (Jugoslawien), welche in Frankreich, in Prag und in Agram hergestellt werden, weisen folgende Stückelung auf: 1000-, 100-, 5- und 1-Dinarnoten. Insgesamt wurden bis jetzt für 2 Milliarden auf Dinar lautende Noten gedruckt. („Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ Nr. 112 v. 7. 11. 19.)

Die englische Regierung hat zur Verbesserung des schlechten Standes des Sterlingkurses 10 Mill. in Gold nach Japan gesandt. („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 558 v. 13. 11. 19.)

Seit dem 4. 10. 19 befindet sich die im Herbst 1918 in Archangelsk errichtete Emissionskasse für die sogenannten englischen Rubelnoten in Liquidation. Mit der Aufgabe des betreffenden Gebietes fällt ihre Darlehnsberechtigung fort. Die Kasse wurde ins Leben gerufen, um im Nordgebiet Rußlands ein Geldzeichen zu schaffen, das dem englischen Expeditionskorps als Tauschmittel dienen und zugleich den Handel unterstützen sollte. Die Parität beträgt 40 Rubel für 1 £. Die Rubelnoten sind durch ein Depot von Pfund Sterling bei der Bank von England, sowie zu 25 v. H. durch Schatzanweisungen der russischen Nordregierung gedeckt. („Überseedienst“ Nr. 77 v. 8. 11. 19.)

Im Laufe des Juli und August sind 23,86 Mill. \$ nord-amerikanischen Goldes nach Argentinien und 15,705 Mill. \$ Gold aus Nordamerika nach Uruguay verschickt worden. Von diesem Golde sind etwa 18 Mill. \$ der argentinischen Konversionskasse zugeflossen, deren Stand Ende August mit Einschluß der bei den argentinischen Gesandtschaften im Auslande hinterlegten 86 Mill. \$ auf 383,8 Mill. \$ gegen 224,405 \$ Ende Dezember 1914 angewachsen ist. (Überseedienst“ Nr. 69 v. 21. 10. 19.)

Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten der peruanischen Regierung behufs Stabilisierung des peruanischen Wechselkurses den Vorschlag gemacht, 40 Mill. Soles Goldzertifikate auszugeben, die bei den „Federal Banks“ durch amerikanische Goldnoten gedeckt werden sollten. Die diesbezügliche von der peruanischen Regierung beim Kongreß eingebrachte Gesetzesvorlage ist bei der Volksvertretung auf Schwierigkeiten gestoßen. Man befürchtet, daß ihre Annahme nachteilig auf die Unabhängigkeit der peruanischen Wirtschaft einwirken könnte. Die peruanische Regierung hat sich daher genötigt gesehen, einen Gegenvorschlag der Opposition, wonach die Ausgabe von Umlaufschecks (cheques circulares), unter voller Deckung durch die Goldbestände der einheimischen Banken erweitert werden soll, grundsätzlich anzunehmen und den amerikanischen Vorschlag fallen zu lassen. („Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ Nr. 91 v. 14. 10. 19.)

Schifffahrt und Schiffbau

England

Weitere Fusionen in der Küstenschifffahrt. Die Coast Lines Ltd. (Powell, Bacon & Hough), Liverpool, haben neuerdings die Burns Line (G. & J. Burns Ltd.), Glasgow und Liverpool mit 18 Schiffen von mehr als 21 000 Tonnen und die Belfast Steamship Co., Ltd. mit 6 Schiffen von 10 000 Br. R. T. übernommen. Sie erwarben ferner den Betrieb der Belfast &

Manchester Steam Packet Co., die gegenwärtig keine eigenen, sondern nur gecharterte Schiffe besitzt. Hb.

Grimsby — Hamburg. Die Great Central Railway Co., die vor dem Kriege zwischen Hamburg und Grimsby einen täglichen Dampferdienst unterhielt, hat die Fahrten in diesem Monat wieder aufgenommen. Hb.

Verkauf staatlicher Fischdampfer. Seitens der Regierung ist nach Beratung mit der Admiralität und dem Fischereiamt beschlossen worden, alle überzähligen Minensuchboote (rund 160) nach zweckentsprechendem Umbau dem Fischereiamt zu übergeben, welches deren Verkauf an gediente Fischer gegen Ratenzahlung übernimmt. 200 Fahrzeuge sollen durch die Admiralität für Fischereizwecke umgebaut und einer aus gedienten Fischern zu bildenden gemeinnützigen Gesellschaft übertragen werden. Die Genossenschaftsmitglieder haben Netze, Fanggeräte und Betriebskapital zu beschaffen, während die Regierung an Stelle des Kaufpreises für die Schiffe Obligationen erhält, die mit 5 % jährlich zu verzinsen und nach einem bestimmter Tilgungsplan zu amortisieren sind. Alle übrigen für Fischereizwecke geeigneten Fahrzeuge sollen in öffentlicher Versteigerung oder im Submissionswege verkauft werden. *Hb.*

Die P. & O. Company schlägt außer 5 % auf die Vorzugsaktien eine Dividende von 6 % auf die Stammaktien vor, welche im Mai bereits eine Interimsdividende in gleicher Höhe erhielten, so daß insgesamt 12 % Dividende für das Jahr verteilt werden. Von der Ausschüttung eines Bonus von 6 % soll diesmal Abstand genommen und ein entsprechender Betrag der Reserve überwiesen werden. Dagegen sollen 200 000 £ Stammaktien zu pari an die Stammaktionäre ausgegeben werden. *Hb.*

Der Beschäftigungsgrad im Schifffahrtsgewerbe. Das Angebot von Seeleuten übersteigt noch immer erheblich die Nachfrage. Ende September waren 19 274 stellungslose Seeleute gemeldet gegen 18 722 Ende August. Die höchsten und die niedrigsten Monatsziffern in 1919 betragen 24 340 und 17 498. Ende September bezogen 11 667 Mann Erwerbslosen Unterstützung gegen 10 916 Ende August. Auf englischen Schiffen (ohne Küstenverkehr) wurden angemustert:

im September 1919...	38 960 Mann
„ August 1919...	33 950 „
„ September 1918...	27 743 „
Januar/Septbr. 1919 ..	296 214 „
„ / „ 1918...	245 067 „
„ / „ 1913...	433 403 „

Hb.

Lloyd's Register. Nach einem Bericht der Gesellschaft waren Ende Juni 1919 bei ihr folgende Schiffe klassifiziert:

	Britische Schiffe	Tonnage	Andere Schiffe	Tonnage
Eiserne u. stähl. Dampfer	5038	11 778 370	3074	9 332 309
„ „ „ Segler..	136	127 749	301	482 983
Hölz. Komposit-D. u. Segler	125	89 592	82	130 457
Zusammen	5299	11 995 711	3457	9 945 749

Die Neuaufnahmen in das Register betragen während der letzten 10 Jahre:

	Dampfer	Segler	Zusammen
1909/10 ...	923 703 t	6 243 t	929 946 t
1910/11 ...	1 089 123 „	9 353 „	1 098 476 „
1911/12 ...	1 455 988 „	12 178 „	1 468 166 „
1912/13 ...	1 643 250 „	21 417 „	1 664 667 „
1913/14 ...	2 014 397 „	5 788 „	2 020 185 „
1914/15 ...	1 289 827 „	5 796 „	1 295 623 „
1915/16 ...	789 688 „	521 „	790 209 „
1916/17 ...	1 371 915 „	4 210 „	1 376 125 „
1917/18 ...	2 552 607 „	16 517 „	2 569 124 „
1918/19 ...	3 760 806 „	40 415 „	3 801 221 „

An der Gesamtsumme des Jahres 1918/19 sind nach dem Schiffbau beteiligt:

Nationalität	Schiffszahl	Tonnage
Amerika	470	1 883 759 t
England	579	1 265 036 „
Japan	70	355 304 „
Kanada	87	199 941 „

Der Anteil nach der Nationalität der Schiffe ist folgender:

Nationalität	Schiffszahl	Tonnage
Amerika	453	1 890 176 t
England	599	1 389 919 „
Japan	58	286 308 „
Übrige Länder	141	234 818 „

Von den neu klassifizierten Schiffen wurden 156 mit 943 487 Br. R. T. nach dem Isherwood-System gebaut. Davon waren 35 Schiffe mit 204 637 Br. R. T. Tankschiffe. Die Gesamtzahl der neu klassifizierten Tankschiffe beläuft sich auf 63 mit 360 405 Br. R. T. 211 Schiffe mit 1 193 659 Br. R. T. sind für Ölförderung eingerichtet. *Hb.*

Frankreich

Einfuhr amerikanischer Kohlen. Nach den Angaben des Wiederaufbauministeriums sind zur Einfuhr von monatlich

1 000 000 t amerikanischer Kohlen nach Frankreich folgende Bedingungen zu erfüllen:

In Anbetracht der Tatsache, daß die Ladungen auf möglichst viele Häfen verteilt werden müssen, müßten etwa 80 Schiffe mit 7 $\frac{3}{4}$ m Tiefgang und 47 Schiffe mit 8 $\frac{1}{2}$ m Tiefgang, von denen erstere 7000 t, letztere etwa 9500 t Kohlen laden können, zur Verfügung sein, um nur 500 000 t monatlich heranzuschaffen. Diese 127 Schiffe mit einer Tragfähigkeit von insgesamt 1 284 000 t würden schon 1 Milliarde fr Kosten verursachen und mindestens 2000 t täglich entlösen können. Als Hauptentlöhungsstellen kämen in Frage: Saint-Nazaire mit 200 000 t, Blaye mit 75 000 t, Marseille mit 300 000 t für die großen Schiffe, Bassens mit 200 000 t, Algier mit 100 000 t für die kleineren Schiffe, außerdem Cherbourg mit 50 000 t, Brest und La Pallice mit je 30 000 t, insgesamt 985 000 t im Monat. Diese Mengen könnten aber auch nur gelöscht werden, wenn die Häfen weiter ausgebaut würden, wofür 40 Mill. fr als außerordentliche Ausgabe für die Seehäfen angefordert werden müßten. *P. W.*

Griechenland

Die griechischen Reedereien und ihr Schiffsbestand. Nach „La Presse Coloniale“ verfügen die wichtigsten griechischen Schifffahrtsgesellschaften zurzeit über folgenden Schiffsbestand:

	Dampfer	Br. R. T.
Soc. de Navigation nationale de Grèce, Athen	13	30 000
Soc. hellénique d'entreprises maritimes, Piräus	19	17 000
Soc. orientale de transports maritimes, Athen	11	24 000
Soc. de navigation de Chio, Piräus	8	13 000
Soc. hellénique de transports maritimes, Piräus	2	—
Comp. de navigation panhellénique, Athen...	3	—
Comp. maritime Michalinos, Piräus	1	—
Comp. de navigation Achaia, Patras	—	—
Comp. hellénique de la Méditerranée et de la Mer Noire, Piräus	—	—

Von den Privatreedern haben Yannoulatos 7 Dampfer, Pantelón 6 Dampfer, Gebrüder Embiricos 4 Frachtdampfer, A. A. Embiricos & Co. 1 Frachtdampfer, S. G. Embiricos & Co. 1 Frachtdampfer, Pandali 5 Dampfer, Lykiardopoulos 2 Frachtdampfer, Kyriakides 1 Dampfer. Außerdem gibt es noch etwa 50 Reedereifirmen, die zum Teil über einen oder zwei Dampfer verfügen, zum Teil auf die Gelegenheit warten, ihre während des Krieges verlorenen Schiffe zu ersetzen. *A. K.*

Vereinigte Staaten

Gegen die Staatskontrolle der amerikanischen Schifffahrt hat das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten in einer neuen Entschlebung Stellung genommen. Der mit großer Majorität angenommene Beschluß bestimmt, daß das Schifffahrtsamt und die Emergency Fleet Corporation sofort alle Schiffe, die für die Regierung gebaut worden sind, den privaten Reedereien anbieten und die 58 von den während des Krieges requirierten Schiffen, die bisher noch nicht zurückgegeben worden sind, ihren Eigentümern wieder zur Verfügung stellen. Nach dem Beschluß sollen ferner die dem Präsidenten für die Kriegszeit übertragenen Befugnisse in bezug auf die Schifffahrt aufgehoben werden und alle Arbeit an den gegenwärtig noch für die Regierung im Bau befindlichen Schiffen eingestellt werden. Die Emergency Fleet Corporation hat darauf hin die Arbeit an Regierungsschiffen auf 19 Schiffswerften eingestellt. Auf der Staatswerft der Submarine Boat Company in New Jersey werden von dieser Verfügung 32 Schiffe von je 3500 Br. R. T. und 11 000 Arbeiter betroffen. *A. K.*

Australien

Die Ausgaben für die staatliche Handelsflotte. Die Regierung hat — ohne vorgängige Ermächtigung durch das Parlament — für ihre aus 44 Frachtdampfern bestehende Flotte 10 077 000 £ aufgewandt, welche im einzelnen wie folgt belegt werden:

Angekauft im Jahre 1916	15	Schiffe	2 000 000 £
Bestellt in Amerika	14	hölz. „	1 000 000 „
„ „ Australien (5500 Tonner)	6	stähl. „	900 000 „
„ „ „	14	„ „	2 170 000 „
„ „ „	2	hölz. „	135 000 „
„ „ „ (12 000 Tonner)	4	stähl. „	1 692 000 „
„ „ England	5	„ „	2 000 000 „
Zurückgezogen wurden die Aufträge für	60	Schiffe	9 897 000 £

in Australien bestellte	16	hölz. „	180 000 „
und dafür als Abfindung gezahlt			
	44	Schiffe	10 077 000 £

Während hiernach für die Abstoßung der 16 hölzernen Dampfer, die in Australien bestellt waren, 180 000 £ aufgewandt werden mußten, sagt eine neuere Reutermeldung aus Melbourne, daß 14 hölzerne Schiffe zu günstigen Bedingungen an ein Syndikat in London verkauft worden seien. Es scheint, daß sich diese letztere Meldung auf die in Amerika bestellten Schiffe bezieht, und daß demnach die staatliche Handelsflotte nur noch aus 30 stählernen Dampfern besteht. *Hb.*

Kanada

Das Schiffbauprogramm der Regierung. Erst vor kurzer Zeit hat die kanadische Regierung verlauten lassen, daß sie keine weiteren Schiffe zu bauen beabsichtige, um die Staatschuld nicht noch weiter zu vergrößern. Im Widerspruch hiermit steht die folgende neuere Meldung von „Lloyd's List“: „Die Handelsflotte der kanadischen Regierung wird Ende dieses Jahres 20 Schiffe mit einem Nettorauumgehalt von

100 000 t umfassen, welche im nordatlantischen und westindischen Verkehr Verwendung finden sollen. Das gesamte Schiffbauprogramm, welches 300 000 t umfaßt, soll, wenn nicht die leidigen Streiks die Ausführung weiter verzögern, bis zum Oktober 1920 durchgeführt sein. Die seitherigen Reisen der sieben bereits in Fahrt befindlichen Dampfer sollen sich außerordentlich nutzbringend abgewickelt haben. Nach der Durchführung des ersten Programms wird mit der Durchführung eines zweiten, jetzt völlig spruchreif gewordenen Schiffbauprogramms von 300 000 t für den pazifischen Verkehr begonnen werden. Man rechnet damit, daß bei dem gegenwärtigen Frachtstande die im Bau befindlichen und bereits abgelieferten Schiffe sich bald bezahlt machen, und daß die künftig zu vergebenden Neubauten sich wesentlich billiger stellen werden, da das Walzwerk der Dominion Iron & Steel Co., Ltd., in Sidney im November in Betrieb kommen wird.“ *Hb.*

Rohstoffe und Warenmärkte

Kautschuk

Weltmarkt. Herr Max Koch, Hamburg, schreibt uns unter dem 13. 11.: „Nachdem die Kautschukwirtschaft in Deutschland in der zweiten Hälfte September von den Fesseln der Kriegszwangswirtschaft endlich befreit worden ist, verlohnt es sich wohl, einen Überblick über die Lage dieses interessanten und für die Weltwirtschaft so wichtigen Produktes zu gewinnen.

Die Erzeugung von Plantagenkautschuk im fernen Osten hat sich weiter in aufsteigender Linie entwickelt; die Verschiffungen vom Osten ohne die direkten Verladungen von Java und Sumatra, wofür noch keine amtlichen Zahlen vorliegen, umfaßten von Januar bis September 1915 000 tons gegen 119 000 tons 1918.

Der Verbrauch hat sich ebenfalls bedeutend gesteigert, ganz besonders in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo die Kautschukindustrie heute dem Umfange nach an vierter Stelle aller Industrien steht und innerhalb dieser wiederum ist es die Produktion von Autoreifen, welche den meisten Kautschuk beansprucht.

Es ist zu erwarten, daß die Gesamtelterzeugung in diesem Jahre die Zahl von 300 000 tons erreicht, wenn nicht sogar überschreitet. — Die Vorräte auf den verschiedenen Weltmärkten sind durchweg bedeutend größer als in früheren Jahren. — In England, wo bis vor kurzem die wöchentlichen Ankünfte die Ablieferungen überstiegen, beträgt der unverkaufte Vorrat zurzeit etwa 27 000 tons gegen 13 000 tons in 1918.

Die Preise, die im Juli und August mit 1/8 1/2 je lb für besten Plantagenkautschuk in London wohl den niedrigsten Punkt erreicht hatten, haben im September und Oktober bis auf 2/6 je lb angezogen und bewegen sich seitdem zwischen 2/3 und 2/6. Die Ursache für diese Preissteigerung liegt einerseits in bedeutenden amerikanischen Einkäufen, denn Amerika kauft bei dem bestehenden Disagio des £-Sterling gegen den Dollar in England relativ billig, andererseits aber ist die Erhöhung der Preise durch die 20–50 % betragende Steigerung der Frachten vom Osten bedingt.

Para fine hat im Preise nur wenig angezogen, von 2/3 1/2 auf 2/6 1/4, während die Paranebenorten und fast alle sonstigen Mittelsorten nahezu ganz unverändert blieben und auf den meisten Auslandsmärkten wie Blei liegen, in Antwerpen allein über 2000 tons div. Kongosorten. Aber auch in London, Liverpool, Lissabon, Marseille, Bordeaux, Havre lagern ansehnliche Mengen verschiedenster Mittelsorten und zwar vielfach seit mehreren Jahren. Der Grund dafür dürfte in den relativ niedrigen Preisen für Plantagenkautschuk zu suchen sein, aber auch in der allgemeinen Knappheit und Teuerung von Kohlen und Arbeitslöhnen.

Der Verbrauch von Kautschuk in Deutschland, obwohl immerhin noch durch die Kohlenkalamität und die Schwierigkeit in der Beschaffung von Geweben- und Lösungsmitteln gehemmt, hat seit der Freigabe der Kautschukwirtschaft bereits einen ganz ansehnlichen Umfang angenommen. Der Bedarf der deutschen Industrie ist aber durch Käufe, welche zu verschiedenen Zeiten während des Krieges und im Einvernehmen mit der früheren Kautschukabrechnungsstelle während der letzten Monate vor der Freigabe gemacht wurden, auf Monate hinaus gedeckt, so daß bisher nur relativ kleine Mengen auf dem im Wiederaufbau begriffenen Hamburger Gummimarkte gekauft wurden.

Immerhin kann man heute schon wieder von einem

Gummimarkt in Hamburg sprechen, denn es vollzieht sich hier seit mehreren Wochen ein ganz regelmäßiges Geschäft in Plantagen sowohl wie in manchen Mittelsorten und die Zufuhren wachsen von Tag zu Tag. Neben Vorkäufen aus England kamen eine Reihe von Partien aus Nothafenladungen zum Verkauf und in letzter Zeit treffen mehr und mehr Konsignationen von auswärtigen Märkten und vereinzelt auch bereits von Übersee hier ein und finden zu angemessenen Preisen meist schlanken Absatz, ein Zeichen, daß der Hamburger Gummihandel es verstanden hat, sich das Vertrauen seiner auswärtigen und überseeischen Verbindungen auch über den Krieg hinüber zu erhalten. Mit der Eröffnung des Kautschukterminmarktes, die für den Anfang nächsten Jahres in Aussicht genommen ist, dürfte sich das Geschäft erheblich weiter ausdehnen, da dann voraussichtlich auch wieder Abladungsgeschäfte größeren Stiles vom Osten möglich sein werden. Einstweilen läßt die politische Unsicherheit derartige Geschäfte noch nicht zu, abgesehen von den erheblichen Schwierigkeiten, welche bei völligem Mangel an deutscher Tonnage die Sicherung überhaupt diskutierbarer Frachten macht und die weiter darin bestehen, daß die ganz unberechenbaren Preis- und Valutarisiken mangels noch fehlender Einrichtungen noch nicht gedeckt werden können.

Die Preisbildung auf dem Hamburger Markte mußte sich naturgemäß nach den Weltmarktpreisen und dem jeweiligen Stand der Valutarichten und war demgemäß starken Schwankungen unterworfen. Mit Befriedigung kann aber auch an dieser Stelle konstatiert werden, daß unberechtigte Preistreiberien im Hamburger Markte zu keiner Zeit stattfanden und daß die Preise für Plantagensorten seit Wochen hier etwa 2–4 M je kg niedriger sind, als auf Grund der Weltmarktpreise, zu dem gleichzeitigen Valutenstande berechnet, angenommen werden mußte. Je mehr der legale Fachhandel wieder in seine Funktionen hineinwächst, umsomehr verliert der um die Mitte dieses Jahres zeitweise recht umfangreich gewordene Schieber- und Spielerhandel in Kautschuk an Boden und wird hoffentlich bald ganz verschwunden sein.

In Guttapercha und Balata fanden hier bisher nur kleine Umsätze statt, da diese Produkte im Vergleich zu Kautschuk auch im Weltmarkte relativ hoch im Preise stehen, so daß die Verarbeitung bei den heutigen Werten in Reichmark nur für wenige Zwecke rentabel ist. Vielfach können diese Produkte durch Kautschuk oder andere Stoffe ersetzt werden. Ähnliches gilt für eine Reihe von minderwertigen kautschuk- oder guttaperchahaltigen Stoffen, die vor dem Kriege in großen Mengen verarbeitet wurden, sich heute aber infolge der enormen Frachten und Unkosten viel zu teuer stellen.“

Oele und Fette

Olivenöl. Spaniens Erzeugung betrug in 1000 kg:

	Oliven	Olivenöl
1918	1 400	255
1917	1 200	427
1916	10 465	207
1915	17 728	326
1914	11 814	207

Palmkerne. Englischen Blättermeldungen zufolge ist der vielumstrittene Zoll von 2 £ je ton für die Ausfuhr von Palmkernen aus den britischen Kolonien Westafrikas aufgehoben worden. Es sollen Verhandlungen schweben, die erhoffte Wirkung durch andere Maßnahmen zu erzielen. Die Palmöl-erzeugung der Kongo-Kolonie ist von 2500 t in 1914 auf ungefähr 7000 t in 1918 gestiegen.

Erndnisse. Die Ernte 1919/20 wird für die französische Senegal-Kolonie auf 300 000 t geschätzt gegen 250 000 im Vorjahre. Die Anbaufläche in Britisch-Indien beträgt nach der letzten amtlichen Schätzung 110 000 acres, mithin nur 46 % der Anbaufläche 1918. Die Ernteaussichten sind in diesem Jahre nicht besonders günstig.

Bohnenöl. Japan führte 1918 für 3,4 Mill. \$ Bohnenöl aus, hauptsächlich nach Australien, England und Vereinigte Staaten. 1914 waren es nur für 0,7 Mill. \$.

Kopra und Kokosöl. Die Ausfuhr von den Philippinen betrug in 1000 kg:

	1918	1917	1916	1915
Kopra	55 061	92 180	72 277	139 092
Kokosöl.....	115 280	45 198	16 091	13 464

Niederländisch-Indien führte folgende Mengen Kokosöl aus (1000 l):

nach	1918	1917
Niederlande	6 605	—
England.....	170	127
Norwegen	1 062	3 422
Vereinigte Staaten...	16 130	22 655
Japan	3 805	1 224
Sonstigen Ländern...	6	300
Zusammen	27 778	27 728

Die Kopraausfuhr ging von 38 500 t in 1916 und 25 000 t in 1917 infolge der Schwierigkeiten auf dem amerikanischen Markt und dem indischen Frachtenmarkt auf 3500 t in 1918 zurück. Anstelle der Usance „fair merchantable Java-Coprah, sundried quality fob N. D. W.“ ist seit Oktober v. J. die Usance „Export droog, loco pakhuus incl. zakken“ getreten. Die Notierungen verstehen sich wie bisher in fl. je pic.

Die Kongo-Kolonie erzeugt jetzt mindestens 40 000 t Kokosnüsse gegen 8000 in 1914.

Wein

Weltproduktion. Die Erzeugung betrug nach dem „Moniteur Vinicole“ im Jahre 1918 in Mill. hl:

Frankreich mit Korsika.	45 160	Schweiz	650
Algier.....	6 343	Rumänien	500
Tunis.....	480	Argentinien	5 300
Italien.....	40 180	Chile	2 700
Spanien.....	22 567	Ver. Staaten	1 300
Portugal.....	3 445	Brasilien.....	500
Deutschland	2 251	Uruguay.....	300
Ungarn.....	2 100	Peru.....	300
Griechenland u. gr. Inseln	1 900	Australien.....	242
Österreich	1 800	Kapland	120

Früchte

Bananen. Jamaikas diesjährige Ernte ist mit 10 Mill. Bund (1918 2 Mill.) eine Rekordernte, jedoch stößt die Verschiffung nach Europa wegen des Mangels an geeigneten Dampfern auf Schwierigkeiten. Es kann nur ein Schiff die Woche abgefertigt werden, während es vor dem Kriege drei waren. Die Firma Elders & Fyffes hat elf Schiffe in den letzten Jahren verloren. Auf den Kanarischen Inseln haben die Pflanzungen in den Jahren, als die Ausfuhr unterbunden war, sehr gelitten. Drei deutsche Frucht dampfer haben fünf Jahre lang dort aufgegeben. In Kolumbien richtete ein Wirbelsturm bedeutenden Schaden in den Pflanzungen an.

Mandeln. Griechenlands Ernte wird auf 1,2 Mill. Oka geschätzt. Davon entfallen auf:

Cycladen....	400 000	Peleponnes....	300 000
Thessalien ..	400 000	Methana	100 000

Nüsse. Die diesjährige Haselnußernte von Trapezunt hat nach englischen Schätzungen einen Wert von 3 Mill. £. Es fehlt an Absatzmöglichkeit.

Äpfel. In diesem Jahre sind in Neuschottland 3 Mill. Barrel zur Verschiffung bereit.

Korinthen. Griechenlands diesjährige Ernte wird lt. „Near East“ v. 12. 9. auf 140 000 t geschätzt. Sie ist durchweg gut ausgefallen. Die Preise sind in dauernder Aufwärtsbewegung. Sie setzten mit 80–90 s für 100 venezianische Pfund cif England für gute Patras und Golfware ein. Besonders haben sich die Amerikaner im Einkauf betätigt.

Rosinen. In Griechenland ist die Steuer für das Wirtschaftsjahr 1919/20 auf 7½ % in natura und 27½ % in Geldeswert festgesetzt worden. Der Berechnung soll ein Wert von 100 Drachmen für 1000 venezianische Pfund zugrunde gelegt werden. Der Ausfuhrzoll ist einheitlich für das ganze Land auf 35 % festgelegt.

Drogen und Chemikalien

Deutschland. Einem Bericht der Firma Adolf Engelking entnehmen wir: „Die Lage des Marktes kann, soweit sie überhaupt zu übersehen ist, als ziemlich verworren bezeichnet werden. Solange der ungünstige Stand unserer Valuta andauert, dürfte mit weiterem Anziehen der Preise zu rechnen sein. Hauptursache aller Schwierigkeiten ist das „Loch im Westen“, wo alles, was für das Ausland wertvoll erscheint, hinrollt. Nicht nur die Entente, sondern die ganze Welt schiebt von dort ihre überschüssige, zum Teil geradezu wertlose Ware herein und findet bei den am Rhein ansässigen oder sich vorübergehend dort aufhaltenden Händlern aller Branchen willige Abnehmer. Vor allem haben fernstehende Elemente den Markt durch minderwertige — meistens havarierte Ware — beunruhigt. Abgesehen von den hohen Preisen für Einfuhrdrogen bildet die in den letzten Wochen stark in die Erscheinung tretende Nachfrage für Inlandsdrogen eine Quelle ständiger Beunruhigung für den Markt. Man vergegenwärtige sich, zu welchem Preise ein fertiges Präparat in den Handel kommen muß, nachdem die Chemikalien eine schwindelnde Höhe erreicht haben. Nur erhöhte Produktion kann die Lage bessern, wenn auch die Erhöhung der Arbeitslöhne, aller Tarife und Beförderungskosten ein erhebliches Nachlassen der Preise unmöglich machen. Die während der Kriegsjahre so sehr knappen ausländischen Drogen dürften jetzt in einigen Mengen am Markt greifbar sein, so daß mit einer Erhöhung der Preise nur bei weiterem Sinken der Valuta zu rechnen sein wird. Anders verhält es sich mit den inländischen Drogen. Die diesjährige Ernte ist überraschend gering gewesen, und auch die Zufuhren aus Ungarn, mit denen man sich in den Kriegsjahren durchgeholfen hatte, sind diesmal völlig ausgeblieben.“

Kampher. Formosas Erzeugung wird für das laufende Jahr auf 4 Mill. kin und für 1920 auf 5–6 Mill. geschätzt. In den letzten Jahren wurden lt. „Handelsber.“ v. 18. 9. eingeführt (1000 lb):

1. 4.–31. 3.	Erzeugung	Ver. Staaten	Europa
1918/19	6 137	2055	913
1917/18	7 945	4129	1045
1916/17	11 506	6525	1726
1915/16	10 389	4211	1706

Opium. Die Ausfuhr Indiens betrug 1917/18 8408 Kisten oder 12 322 lbs. Davon gingen 3050 nach Indochina, 1800 nach Java, 1650 nach Siam. 8245 Kisten wurden für Regierungserrechnung nach England, Hongkong und Straits exportiert. Der Markt in Smyrna ist lt. „Near East“ v. 21. 10. recht lebhaft. Die Preise bewegen sich unverändert zwischen 14 und 20 s.

Chinln. In England ist die Regierungskontrolle aufgehoben worden. Der Regierungspreis von 2/11 je oz bei Umsätzen von 10 000 oz entsprach den Verhältnissen schon lange nicht mehr. Solange die Regierung ihre Vorräte nicht ganz abgestoßen hat, wird die Lage ungewiß bleiben.

Indigo. Die Anbaufläche auf Java und Madura betrug 1918 6623 bw (= 4700 ha) gegen 8011 bw i. V.

Quebracho. Paraguay hat den Ausfuhrzoll, der zeitweilig auf 3 \$ Gold je t herabgesetzt war, auf 5 \$ erhöht. Argentinien's Ausfuhr betrug in 1000 t:

1918 11 Mon.	1917	1916	1915	1914	1913
Quebrachoholz...	0,5	1,6	1,0	2,3	8,4
Extrakt.....	16,6	29,8	21,1	18,3	12,7
				11,7	

Häute, Felle, Leder

England. In London wurde die „Fur Trade Association“ gegründet, deren Aufgabe es sein wird, das Geschäft, das vor dem Krieg von Deutschland kontrolliert wurde, unter britischem Einfluß zu organisieren und die Bearbeitungsmethoden zu verbessern.

Ver. Staaten. Der Wert der Ledererzeugung wird für 1919 auf 876 Mill. \$ geschätzt. Voraussichtlich werden für 105 Mill. ausgeführt werden.

Indien. Die Regierung plant einen Ausfuhrzoll auf Häute und Felle in Höhe von 15 % des Wertes, wovon 10 % zurückerstattet werden sollen, wenn nachgewiesen wird, daß die Ware in einem zum britischen Reich gehörenden Lande verarbeitet wird.

Getreide und Futtermittel

Halbmonat-Bericht

erstattet von Mitgliedern des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse“

Weizen

Die privaten Meldungen über den Saatenstand in den Ver. Staaten lauten aus sämtlichen Winterweizen-Distrikten günstig, während die Anbaufläche als normal bezeichnet wird. Leider geht aus diesen Mitteilungen nicht hervor, ob mit der normalen Anbaufläche diejenige der Vorkriegsjahre gemeint ist, oder ob die diesjährige einen Vergleich mit der vorjährigen aushält. Wie bereits früher mitgeteilt, hatte die Regierung eine um 15–20 % geringere Anbaufläche für Winterweizen gegenüber dem Vorjahre empfohlen, was ungefähr 42 Mill. acres bedeuten würde, während der Durchschnitt der letzten Friedensjahre ungefähr 33½ Mill. acres betrug. Man muß daher nähere Angaben abwarten, wie groß sich die diesjährige Anbaufläche stellen wird. Jedenfalls steht heute schon soviel fest, daß die kommende Ernte kleiner wie die vorjährige sein wird. Der London Gr. S. & Oil Rep. v. 17. 10. berichtet bereits, daß die diesjährige amerikanische Ernte, trotzdem sie um 40 Mill. bushel gegen die ersten Schätzungen zurückgeblieben ist, groß genug ist, um allen Anforderungen Europas gerecht zu werden, und daher in den Ver. Staaten bereits befürchtet wird, daß es schwer sein wird, den garantierten Minimalpreis auf die Dauer aufrecht zu erhalten. Die Qualität des diesjährigen Weizens ist nicht gut, denn das Ackerbaubüro gibt in einem Telegramm aus Washington v. 8. 11. das Durchschnittsgewicht mit 56,3 lb per bushel an, gegen 58,8 i. V.

Infolge Waggomangels gelangten nur geringe Mengen zu den Seehäfen, von denen sich die Ausfuhr wegen Streik der Dockarbeiter auch nur in geringen Grenzen bewegte. Die sichtbaren Bestände von Weizen zeigen daher eine Abnahme gegen unseren vorigen Bericht, trotzdem bereits eine Besserung gegen die Vorwoche zu verzeichnen war.

Die Notierung für Weizen in New York blieb auf 237½ cts fest stehen, während sich der Mehlpreis in Minneapolis auf 12,40 \$ für Fancy Patents erhöhte.

In Kanada wurden die Druscharbeiten durch ungünstiges Wetter beeinträchtigt, so daß derjenige Weizen, der sich noch im Freien befand, auswuchs. Die diesjährige Ernte wird endgültig mit 195 Mill. bushel (rund 5 Mill. tons) angegeben, während 5,4 Mill. bushel (147 160 tons) aus der alten Ernte in das neue Jahr übernommen wurden.

Aus Australien werden die Ernteaussichten in Westaustralien als gut, diejenigen in Victoria und Südastralien als mittelmäßig, und die von New South Wales als schlecht bezeichnet. Einzelne, geringe Niederschläge, von denen aus den verschiedensten Teilen der Commonwealth berichtet wird, werden kaum noch einen wesentlichen Einfluß auf eine Verbesserung der jetzigen Ernte haben. Vorläufige Schätzungen geben ungefähr 50 Mill. bushel (1¼ Mill. tons) gegen 73 Mill. bushel im Vorjahre an. Da der Eigenverbrauch auf 30 Mill. bushel geschätzt wird, würden nur ungefähr 20 Mill. bushel (500 000 tons) für den Export zur Verfügung stehen; diese Menge dürfte kaum ausreichen, den Bedarf Japans und evtl. auch Ägyptens zu decken.

Aus Argentinien lauten die wenigen Nachrichten über die neue Ernte weiter sehr günstig. Aus den nördlichen Provinzen wird allerdings Unwetter gemeldet, das den Saaten geschadet haben soll, jedoch kann dies nur von lokaler Bedeutung und ohne Einfluß auf das Gesamtergebnis sein. Es ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß noch eine große Menge der alten Ernte in das neue Jahr übernommen wird, besonders wo in den letzten Wochen Klagen laut wurden, daß der zur Verfügung stehende Schiffsraum nicht ausreicht, um den Bedürfnissen der Exporteure zu genügen.

In Rumänien wurde die Aussaat durch die herrschende Trockenheit sehr verzögert, und selbst nach Eintritt von Regen konnte nur ein Teil der Äcker bestellt werden, da es sehr an Arbeitskräften, besonders aber an Zugtieren und landwirtschaftlichen Maschinen mangelte. Eine weitere Verzögerung wurde dadurch hervorgerufen, daß das den großen

Grundeigentümern gehörende Land den früheren Pächtern zu eigen gegeben wurde, und die Verteilung und Regelung dieser ganzen Verhältnisse naturgemäß eine lange Zeit in Anspruch nahm.

Südrussland hat dieses Jahr eine glänzende Ernte. Stellenweise soll der Ertrag 40 bushel per acre betragen, gegenüber einem Durchschnitt von nur 10 bushel in früheren Jahren. Wegen der unruhigen Verhältnisse ist es jedoch nicht möglich, den Überfluß dieser Gegenden dem hungernden Norden zuzuführen, und selbst der Abtransport auf dem Seewege nach den übrigen kaufenden Ländern Europas ist wegen des Mangels an Schiffsraum noch nicht möglich. Jedoch ist jede Aussicht vorhanden, daß sich diese Verhältnisse in kürzester Zeit bessern. In England rechnet man bereits mit Zufuhren vom Schwarzen Meer.

In England konnten die Aecker unter günstigen Verhältnissen fertig bestellt werden, und die Saaten haben sich gut entwickelt. Der Zufluß ausländischen Weizens nach England aus Amerika, Argentinien und Australien hält an.

Auch in Frankreich konnte die Feldbestellung unter günstigen Verhältnissen bewerkstelligt werden.

Die letzte Ernte wird mit 4,8 Mill. tons gegen 6,1 Mill. tons im vorigen Jahre und 7,7 Mill. tons im Jahre 1914 angegeben. Danach müßten in diesem Jahre ungefähr 4 Mill. tons aus dem Auslande eingeführt werden. Die Bewirtschaftung des Brotreisdeises wird bis zum 15. 8. 20 fortgesetzt, während ein Antrag auf Verlängerung bis zum 1. 11. 20, abgelehnt wurde.

Roggen

In den Vereinigten Staaten gingen die Preise in Anbetracht der diesjährigen großen Ernte und der beträchtlichen Zunahme der sichtbaren Vorräte bei geringem Eigenbedarf und keiner Nachfrage für den Export auf 151½ cts herunter.

Mais

Nach einer kräftigen Erholung des Marktes infolge steigender Schweinepreise und ungünstiger Wetterberichte gingen in den Ver. Staaten die Notierungen bis zum 10. 11. zurück auf 135⅞ cts für Dezember-Lieferung. Die Lage des Marktes hat sich sonst wenig verändert. Nachrichten aus Rumänien bestätigen den vorzüglichen Ausfall der neuen Ernte, jedoch ist noch nicht vor auszusehen, wann das Ausfuhrverbot aufgehoben wird. Eine Teilladung serbischen Mais soll über Galatz nach England zur Verladung gelangt sein.

Hafer

In den Vereinigten Staaten war der Markt fest, bei unveränderten Preisen und reger Nachfrage seitens der Exporteure. Namentlich England trat als Käufer auf, jedoch litten die Verschiffungen unter dem Streik der Dockarbeiter.

Leinsaat

Infolge außerordentlich großer Oelverkäufe zogen die Preise in den Vereinigten Staaten wieder gewaltig an. In Duluth wurden am 10. 11. 460 cts notiert. Man rechnet mit einem weiteren Anziehen der Preise.

Vorräte

Für die einzelnen Getreidesorten werden die sichtbaren Mengen (in 1000 busheln) wie folgt angegeben:

	8. 11. 19	1. 11. 19	9. 11. 18	10. 11. 17	Unterschied gegen Vorwoche
Weizen (Ver. Staat.)	98 397	96 352	128 095	17 630	+ 2 045
„ (Kanada)	—	—	20 822	18 210	—
Mais (Ver. Staat.)	1 376	1 444	4 360	810	— 68
Hafer („)	19 029	19 216	21 613	20 055	— 187
Roggen („)	17 539	16 571	8 007	3 388	+ 968
Gerste („)	4 244	4 157	4 392	4 791	+ 87